

# ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

**Die Rückkehr  
der Frauenfrage**  
Christa Schlager

**Imperiale Lebensweise**  
Ulrich Brand und Markus Wissen

**Es gibt kein richtiges  
Sprechen im falschen!**  
Bernhard Wieland

**Ein Schritt vor,  
zwei zurück**  
Irene Mozart



**WIEN  
VON  
OBEN**  
WIEN MUSEUM



# EDITORIAL

Geert Wilders Freipartei ist also nur zweitstärkste Kraft der Niederlande geworden. Ein Grund zum Aufatmen? Nur, wenn man nicht SozialdemokratIn ist und auch sonst einen starken Magen hat. Dass die faktische Auslöschung der sozialdemokratischen Partei der Niederlande mit einem Verlust von rund 20 (!! ) Prozentpunkten schon nur mehr unter »ferner liefen« berichtet wurde, ist fast so aussagekräftig wie das Faktum selbst. Die PASOKifizierung ist kein Phänomen des wirtschaftlich krisengebeutelten Südens mehr. Der Glaubwürdigkeits- und Bindungsverlust der traditionellen sozialdemokratischen Parteien hat auch im wohlhabenden Norden Dimensionen angenommen, die sie über Nacht austauschbar erscheinen lassen. Dieses Problem ist durch das Warten auf den roten (oder blassrosa) Messias, ob der nun Schulz, Renzi, Macron oder Corbyn heißt, nicht zu lösen. Wenn Europas Sozialdemokratie weiter auf den ausgetretenen Pfaden der letzten Jahrzehnte wandelt, würde auch das beste Marketing nicht fruchten. Aber zeigt nicht das Ergebnis des Rechtsliberalen Mark Rutte, dass es nur eine harte Hand und die schamlose Bereitschaft braucht, die Forderungen der Rechtspopulisten zu kopieren? Abgesehen davon, dass ein Minus von 6% nur bedingt als Wahltriumph gelten kann, dürfte das Konzept nur für bürgerliche Rechte funktionieren, die kein grundsätzliches Problem mit menschenfeindlicher Politik und Autoritarismus haben.

Am Beginn dieser Ausgabe beschäftigt sich **Christa Schlager**, warum es zwei Monate nach Donald Trumps Amtsantritt wieder höchste Zeit ist, den polit-strategischen Blick nicht auf ein männliches Teilsegment zu verengen, sondern **soziale und politische Konflikte** und **Fragen der Geschlechterverhältnisse** in Beziehung zu setzen.

**Uli Brand** und **Markus Wissen** haben für diese Ausgabe einen bearbeiteten Text aus ihrem in Kürze erscheinenden Buch zu »**Imperialen Lebensweisen**« zur Verfügung ge-

stellt. Darin zeigen sie auf, dass die Externalisierung sozialer und ökologischer Kosten der gegenwärtigen »westlichen Lebensweise« an ihre Grenzen stößt und ökologische Krisen gemeinsam mit sozialen und wirtschaftlichen Verteilungsfragen betrachtet werden müssen.

**Bernhard Wieland** greift in seinem Beitrag auf die Arbeiten **Elisabeth Wehlings** u. a. zurück, um zu zeigen, dass die Sozialdemokratie aufhören muss, das inhaltliche und sprachliche Terrain des politischen Gegners zu bearbeiten, und ihre eigene, klar verständliche und ihre **Werte widerspiegelnde Sprache** entwickeln muss.

**Thomas Riegler** analysiert aktuelle Tendenzen des »**Cyberkriegs**« und was dieser für Österreich bedeutet.

**Ludwig Dvořák** bespricht die pessimistische und aufrüttelnde Analyse von Wolfgang Streeck über die **Zukunft eines sterbenden Kapitalismus**, dessen Gesellschaftsordnung derzeit ohne »Nachfolgemodell« zerfalle.

Nach den Buchtipps rundet **Irene Mozart** mit einem kritischen Blick auf die **oligarchische Banken- und Finanzpolitik** des neuen US-Präsidenten das Heft ab.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

**LUDWIG DVOŘÁK**  
Gf. Chefredakteur



# Inhalt



BLICK VOM HOCHHAUS IN DER HERRENGASSE, UM 1935  
UNGERundKLEIN GesmbH, Wien  
© Scherl/SZPhoto

## 6 Die Rückkehr der Frauenfrage

VON CHRISTA SCHLAGER

## 12 Imperiale Lebensweise

VON ULRICH BRAND UND MARKUS WISSEN

## 20 Es gibt kein richtiges Sprechen im falschen!

VON BERNHARD WIELAND

## 28 Wir ziehen in den Cyber-Krieg!?

VON THOMAS RIEGLER

## 36 Wie wird der Kapitalismus enden?

VON LUDWIG DVOŘÁK

## 42 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

## 46 Ein Schritt vor, zwei zurück

SCHLUSSWORT VON IRENE MOZART

# Die Rückkehr der Frauenfrage

In den Analysen nach den US-Wahlen wurde insbesondere der weiße westliche Industriearbeiter vor den Vorhang geholt. Christa Schlager zeigt auf, warum das gerade angesichts der verfestigten geschlechtlichen Schieflagen nicht ausreicht.

**S**pätestens mit dem *Women's March on Washington* und den Solidaritätsmärschen in vielen anderen Städten der Welt am Tag nach der Angelobung des US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump waren die Stimmen verstummt, die meinten, dass sich die Frauenfrage politisch erledigt hätte. Den Berichten nach waren in weltweit 408 Märschen rund fünf Millionen Menschen, überwiegend Frauen, auf den Straßen.

Frauen haben nicht nur mehrheitlich nicht Trump gewählt, nein auch der freiheitliche Spitzenkandidat zur Bundespräsidentenwahl Norbert Hofer konnte nicht mit der Mehrheit der weiblichen Stimmen rechnen. Dies veranlasste einen Vertreter der AfD zu einem Facebook-Posting, in dem dieser meinte, die Feministinnen hätten den Sieg Hofers in Österreich verhindert. So einen Ritterschlag haben sich viele Frauen wohl gar nicht erwartet.

Ein wesentlicher Grund für diese Wahlentscheidungen war sicherlich das »männliche Gehabe«, das öffentlich, aber auch in den sozialen Medien von den Repräsentanten und deren Anhängern zu Tage trat. Trumps Sprüche über das »harte Zupacken und (Durch-)Greifen« wecken nach seinen Ausführungen über sein Verhältnis zu Frauen nicht unbegründet zweideutige Assoziationen. Eindrucksvoll trat Michelle Obama in einer berühmten Rede<sup>1</sup> einer mehr als eindeutigen Aussage Donald Trumps, in der er in vulgärer Weise mit sexistischen und übergriffigen Verhaltensweisen prahlte, entgegen.

Hinter den Wahlentscheidungen liegt wohl aber auch die Angst vieler Frauen, dass die erreichten frauenpolitischen Verbesserungen der letzten Jahrzehnte zur Disposition stehen. Die Art und Weise, wie der weiße westliche Industriearbeiter von den Rechten angesprochen wird, impliziert, dass nur über

die Abwertung anderer gesellschaftlicher Gruppen sein eigenes Wiedererstarken möglich sei. Der »Genderwahn«<sup>2</sup>, gegen den freiheitliche VertreterInnen ankämpfen, kann als Kampf-ansage gegen Gleichstellungsbemühungen gewertet werden.

Aber auch innerhalb fortschrittlicher Kräfte gab es Diskussionen, dass die Klassenfrage vernachlässigt, und in den letzten Jahren vorwiegend Identitätspolitik betrieben worden wäre. Mit solchen Aussagen wird auch die Frauenfrage implizit als sekundär betrachtet. Die längst vergessen geglaubte Debatte von Haupt- und Nebenwiderspruch schleicht sich auf leisen Sohlen wieder an.

Bevor diese Überlegungen wieder allzu wirkungsmächtig werden, zwei ganz einfache ökonomische Argumente dagegen:

Erstens stellen Frauen die Mehrheit der WählerInnen, gewonnen kann also leichter werden mit ihnen als gegen sie. Hillary Clinton hätte mit einem Verhältniswahlrecht, mit einem Überhang von fast drei Millionen Stimmen klar gewonnen; in Österreich ist die Wahl eines fortschrittlichen Kandidaten mit Unterstützung der Wählerinnen gelungen.

Zweitens sind Frauen keineswegs die großen Gewinnerinnen der Entwicklungen der letzten Jahre. Gewonnen haben im Neoliberalismus überwiegend männliche weiße Eliten. Die Vermögenskonzentration hat stark zugenommen, wie Thomas Piketty oder Branko Milanovic zeigen. Insofern repräsentiert Donald Trump sicherlich die Gewinnerseite. Nicht nur die Allmachtphantasien, die mit der Anhäufung von riesigen Vermögen in Verbindung stehen, sondern auch dessen vergeschlechtlichte Herrschaftsverhältnisse verkörpert er. Ein Blick auf die verfügbaren Daten zeigt: Unter den

100 reichsten Menschen der Welt finden sich gerade einmal 8 Frauen. Forbes schätzt den Frauenanteil unter allen MilliardärInnen im Jahr 2016 auf etwas über zehn Prozent. Bei Unternehmen mit Eigentum lässt sich zusammenfassen: Je größer ein Unternehmen, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, dass es einer Frau gehört. Den höchsten Frauenanteil bei Unternehmen gibt es bei Einpersonenernehmungen. Europaweit liegt der Anteil der Kleinstunternehmen, wie auch in Österreich, bei etwa 60% aller Unternehmen. Rund die Hälfte der österreichischen Kleinstunternehmen sind in Österreich in weiblicher Hand und haben wenig bzw. kein Kapital.<sup>3</sup>

Frauen haben also ungleich weniger Kapital, aber sie haben ungleich mehr Arbeit. Zwei Drittel der Haus- und Betreuungsarbeit wird in Österreich von Frauen geleistet, ein Drittel von Männern. Umgekehrt ist das Verhältnis bei bezahlter Erwerbsarbeit: 61% davon leisten Männer und 39% werden von Frauen geleistet. Insgesamt betrachtet arbeiten Frauen wöchentlich rund 66 Stunden, davon 59% bezahlt. Männer kommen auf 64,3 Stunden, davon allerdings 75% bezahlt.<sup>4</sup>

Im Schnitt verdienen Frauen in Österreich 62% der Männeereinkommen (2015)<sup>5</sup>. Bemerkenswert ist, dass sich das Verhältnis der Männer- und Fraueneinkommen im langfristigen Vergleich sogar zuungunsten von Frauen entwickelt hat.<sup>6</sup> Dies hat mit der steigenden Frauenbeschäftigung zu tun, die dafür sorgt, dass Frauen Zusatzeinkommen erwirtschaften können. Frauen haben eine viel höhere Erwerbsquote und damit auch mehr eigenes Geld. Da aber 40% dieser Einkommen nicht existenzsichernd sind, und die Löhne in den niedrig bezahlten Arbeiten sich auch schlecht entwickeln, verringern sich die Einkommensunterschiede im Durchschnitt nicht. Es gibt diese verfestigte Schieflage bei den Einkommen.

Es ist un widersprochen, dass westliche Industriearbeiter durch die Globalisierung viel verloren haben. Dieser Thema tik sollte auch ausreichend politische Aufmerksamkeit und Hirnschmalz gewidmet werden. Dennoch ist sichtbar, dass prekäre Arbeitsverhältnisse und niedrige Löhne für Frauen schon lange und anhaltend Realität sind. 2015 hatte die Hälfte der beschäftigten Frauen in Österreich ein Bruttoeinkommen unter 1.500 Euro<sup>7</sup>, ein Betrag, der aktuell als Mindestlohn in Debatte ist.

Übersehen wird in der aktuellen Diskussion auch, dass die anhaltende Krise besonders durch die Austeritätspolitik in Europa, die ja auch zu einer *Double Dip Recession* geführt hat,

verschiedene Auswirkungen auf Frauen und Männer hat. Auf Grund der geschlechtlichen Arbeitsteilung wird die unbezahlte Arbeit von Frauen zum sozialen Airbag, um den zunehmenden Ressourcenmangel in den Familien auszugleichen.<sup>8</sup> Es verstärkt sich das Phänomen, dass Frauen überarbeitet, aber unterbezahlt sind, währenddessen diese Krisenfolgen unthematisiert bleiben.

Diese ökonomischen Schieflagen sind jedoch eng mit gesellschaftlichen Fragen verknüpft. Sie definieren den sozialen Status und finanzielle Abhängigkeit machen auch verwund- und erpressbar, wie die Ökonomin Mascha Madörin schreibt.<sup>9</sup> So lässt sich zwar ein Autokauf verschieben, aber die Versorgung von Kindern nicht.

Trotz enormen Aufholens bei Bildungsabschlüssen, gesteigerter Frauenbeschäftigung und einer Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung des *Gender Pay Gap* sehen wir uns also weiterhin verfestigten geschlechtlichen Schieflagen gegenüber.

## WAS KANN GETAN WERDEN?

Es zeigt sich, dass die rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung ist, um tatsächliche Gleichstellung zu erreichen. Materielle Fragen rücken unausweichlich in den Fokus. An der Spitze steht die Frage von Eigentum, Vermögen und dessen Verteilung. Der Elitenforscher Michael Hartmann weist darauf hin, dass die Wirtschafts- und Finanzeliten sehr männliche, geschlossene Räume sind, eine Parallelgesellschaft, wo sich die Eliten reproduzieren, um ihren Einfluss, Status und Wohlstand zu erhalten.<sup>10</sup> Die wenigen gesellschaftlichen Aufsteiger aus Arbeiterfamilien werden zunehmend von gut ausgebildeten Frauen verdrängt. Er plädiert deshalb aus einer sozialen Mobilitätsperspektive für einen großen öffentlichen Sektor, weil dort nachweislich Frauen und Arbeiterkinder höhere Aufstiegschancen haben. Dies liegt daran, dass die Auswahl der Spitzenpositionen nach gesellschaftlich breiteren Kriterien erfolgt. Aber auch Quoten für Frauen und Arbeiterkinder sieht er für sinnvoll an.<sup>11</sup>

Ausgebaute Wohlfahrtsstaaten verteilen zudem effektiv zugunsten der sozial Schwächeren um. Eine Staatsausgabenquote von 50 Prozent, wie Österreich sie hat, ist ein mächtiges politisches Instrument. Trotzdem ist es sinnvoll, mit einer Geschlechterbrille auf öffentliche Leistungen zu blicken. Gender Budgeting ist hierzu ein gutes Instrument, das in Österreich in der Verfassung verankert ist, und damit für alle

staatlichen Ebenen gilt, aber viel zu wenig als Hebel für Veränderungen genutzt wird. Ein Beirat mit wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Besetzung könnte hier den notwendigen neuen Schwung bringen.

Nachweislich<sup>12</sup> haben auch Mindestlohninitiativen bisher immer einen nachhaltig positiven Effekt auf die Einkommensentwicklung von Frauen gehabt. Der Kampf der Gewerkschaften um einen kollektivvertraglichen Mindestlohn von 1.700 Euro pro Monat ist daher sehr zu unterstützen. Gleichzeitig hat die zunehmende Prekarisierung am Arbeitsmarkt dazu geführt, dass Reallohnzuwächse fast nur mehr bei stabilen ganzjährigen Arbeitsverhältnissen<sup>13</sup> möglich sind. Deshalb ist es wichtig, existenzsichernde Formen der Erwerbsarbeit zu fördern und bestehende abzusichern.

Schließlich ist die Verteilung der unbezahlten Arbeit nach wie vor eine Hauptursache für materielle Ungleichheit. Der weitere Ausbau von sozialen Dienstleistungen sowie ein Angleichen der bezahlten Arbeitsstunden von Frauen und Männern sind hier wirksame Maßnahmen. Letzteres meint eine Verringerung des Unterschiedes zwischen der Wochenarbeitszeit von Frauen und Männern. Dies könnte mit einer generellen Arbeitszeitverkürzung, nicht wie jetzt im Gespräch mit einer Verlängerung erreicht werden.

Der Soziologe Didier Eribon<sup>14</sup> wurde bei seinem Aufenthalt in Wien gefragt, wie er zur Frage stehe, ob sich die Linke auf die Klassenfrage oder Identitätspolitik konzentrieren solle. Seine Antwort war einfach und überzeugend: Es kann immer nur beides sein, denn die Rechten werden sich weder um eine progressive Identitätspolitik noch um die Klassenfrage kümmern. Und so sollte 99 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts in Österreich ein frauenpolitisches Forderungspaket geschnürt werden, damit im Jahr 2018 das Jubiläum kämpferisch und solidarisch begangen werden kann. 

1. <https://www.theguardian.com/us-news/video/2016/oct/14/michelle-obama-full-speech-trump-video>
2. FORBES (2016): The World's Billionaires; <http://www.forbes.com/billionaires/list/>, The richest women in the world: <http://www.forbes.com/sites/bartiescott1/2016/03/01/the-richest-women-in-the-world-2016/#429ae9e25e0f>
3. WKO (2016): Einpersonenunternehmen; [https://www.wko.at/Content.Node/Interessenvertretung/EPU/wko\\_epu\\_fact\\_sheet\\_final.pdf](https://www.wko.at/Content.Node/Interessenvertretung/EPU/wko_epu_fact_sheet_final.pdf)
4. Zeitverwendungsstudie 2008/09; [https://www.bmb.gv.at/frauen/publikationen/zeitverwendung\\_2008\\_09\\_barri\\_25887.pdf](https://www.bmb.gv.at/frauen/publikationen/zeitverwendung_2008_09_barri_25887.pdf)
5. Sozialbericht 2016, basierend auf der Lohnsteuerstatistik, eine Auswertung der längerfristig verfügbaren Hauptverbandstatistik ergibt für 2016 denselben Wert.
6. Die Hauptverbandstatistik weist für die Jahre 1953 69,4%, 1977 65,5%, 1990 67,8% und 2000 67,2% aus. [http://wug.akwien.at/wug\\_Archiv/2001\\_27\\_3/2001\\_27\\_3\\_0345.pdf](http://wug.akwien.at/wug_Archiv/2001_27_3/2001_27_3_0345.pdf)
7. [https://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/menschen\\_und\\_gesellschaft/soziales/personen-einkommen/jaehrliche\\_personen\\_einkommen/019348.html](https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/personen-einkommen/jaehrliche_personen_einkommen/019348.html)
8. Maria Karamessini, Jill Rubery (Hg.) (2014): Women and Austerity. The Economic Crisis and the Future for Gender Equality, Abingdon and New York.
9. Mascha Madörin: Neoliberalismus und die Reorganisation der Care-Ökonomie – Eine Forschungsskizze, <http://www.denknetz-online.ch/img/pdf/Madorin.pdf>
10. Michael Hartmann (2013): Soziale Ungleichheit, Kein Thema für die Eliten? Frankfurt am Main.
11. Elitenforscher: »Es müsste eine Quote für Arbeiterkinder geben« – [derstandard.at/2000046037359/Elitenforscher-Es-muesste-eine-Quote-fuer-Arbeiterkinder-geben](http://derstandard.at/2000046037359/Elitenforscher-Es-muesste-eine-Quote-fuer-Arbeiterkinder-geben), <http://derstandard.at/2000046037359/Elitenforscher-Es-muesste-eine-Quote-fuer-Arbeiterkinder-geben>
12. Christa Schlager: Löhne und Gehälter 1980-1999, Einige Beobachtungen zur Lohnentwicklung und -verteilung anhand der Sozialversicherungsstatistik, [http://wug.akwien.at/wug\\_Archiv/2001\\_27\\_3/2001\\_27\\_3\\_0345.pdf](http://wug.akwien.at/wug_Archiv/2001_27_3/2001_27_3_0345.pdf)
13. Rechnungshof: Allgemeiner Einkommensbericht 2016/1, <http://www.rechnungshof.gv.at/berichte/ansicht/detail/allgemeiner-einkommensbericht-20161.html>
14. Der französische Soziologe wurde in Österreich mit seinem Buch »Rückkehr nach Reims« bekannt. Darin beschreibt er autobiographisch sein Leben als Arbeiterkind bis hin zum Universitätsprofessor und die Entfremdung zu seinen Eltern und Verwandten, die früher KP-WählerInnen waren und mittlerweile zu Le Pen-WählerInnen geworden sind.

**CHRISTA SCHLAGER**

arbeitet in der AK-Wien, beschäftigt sich mit Wirtschafts- und EU-Politik sowie feministischer Ökonomie und ist Redakteurin der Zeitschrift Kurswechsel.

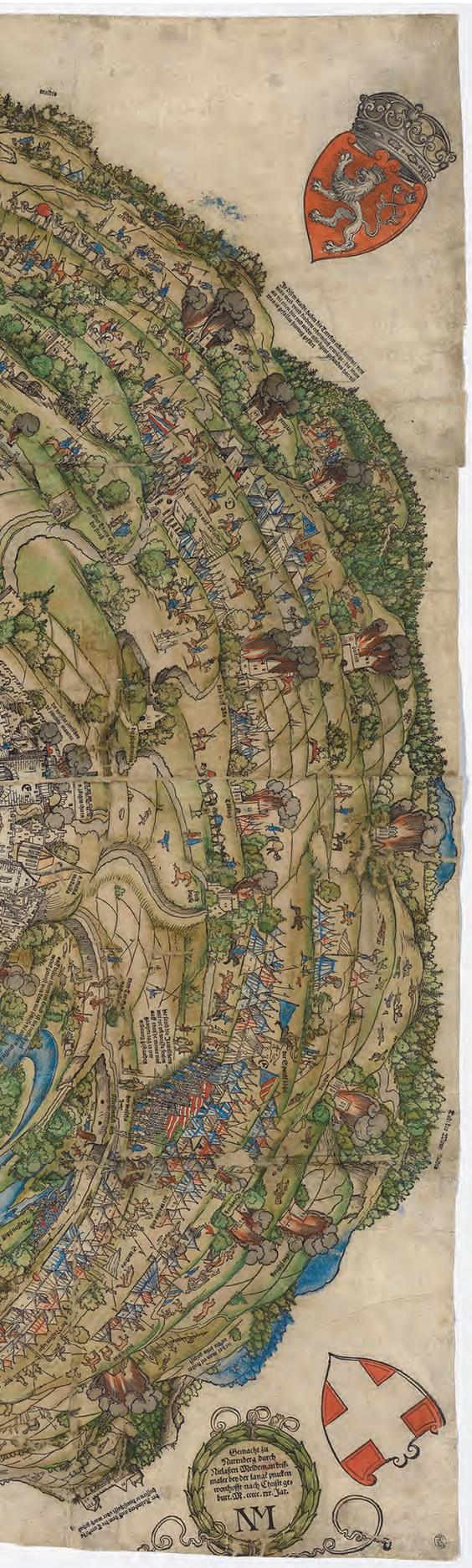


BLICK AUF WIEN VON DER HÖHENSTRASSE, 1936  
Hermann Kosel © Wien Museum

Der sto r Wien belegerung wie die auff  
 dem hohen sant Euffans thurn alleu halben gerings em die ganze  
 stad zu wasser end land mit allen dingen anzu eben ghevozt ist. Di  
 von einem berumpfen mider der on das auff s. Euffans thurn in  
 der selbe belegerung erorden gewozi mit gantem slag der seych  
 ner end abgemacht geschehen nach Christi geburt. M. CCC. XXX. vnd  
 in. xxx. in trut gepracht.



RUNDANSICHT DER STADT WIEN ZUR ZEIT DER  
 »ERSTEN TÜRKENBELAGERUNG«, 1529/1530  
 Niklas Meldema © Wien Museum



# WIEN VON OBEN

## WIEN MUSEUM

Wie können wir Wien als Ganzes fassen? Der Versuch, der immer größer werdenden Stadt visuell beizukommen, fasziniert seit Jahrhunderten – ob in Form von klassischen Panoramen, Vogelschauen oder Plänen. Doch diese befinden sich stets im Spannungsfeld zwischen Vollständigkeitsanspruch und Fragmentierung, zwischen Sichtbarmachung und Verdecken, zwischen Orientierung und Kontrolle. Sie bilden nie das „reale“ Territorium zur Gänze ab, sondern sind auch Modell, Bild oder Vision der Stadt.

In der Ausstellung werden nicht nur einige der ältesten, größten oder berühmtesten Pläne, Panoramen und Modelle Wiens gezeigt, sondern ebenso seltene thematische Karten oder künstlerische Zugänge und Designprodukte bis hin zu gegenwärtigen partizipativen Bestrebungen, »Mapping the City« auf die Bedürfnisse minderprivilegierter Gruppen anzuwenden. Außerdem werden traditionsreiche, aber auch neue Aussichtspunkte der Stadt exemplarisch beleuchtet – von Stephansturm und Kahlenberg bis hin zum heutigen Hochhaus. Die Ausstellung soll BesucherInnen ermuntern, die Stadt mit anderen Augen zu sehen und sich auch aktiv in deren Darstellung einzubringen.

bis 17. September 2017  
Wien Museum  
1040 Wien, Karlsplatz  
[www.wienmuseum.at](http://www.wienmuseum.at)

# Imperiale Lebensweise

**Die Krise des** Kapitalismus auf globaler Ebene und die ökologische Krise haben einen inneren Zusammenhang, der in den Mechanismen wachsender Ausbeutung von Menschen und Natur begründet ist. Ulrich Brand und Markus Wissen argumentieren im folgenden Auszug aus ihrem in Kürze erscheinenden Buch unter dem Titel ›Imperiale Lebensweise‹, dass die gegenwärtige Konstellation mit dem scheinbar der Vergangenheit angehörenden Begriff des Imperialismus verstanden werden muss: In zunehmender Weise beruht die Lebensweise im globalen Norden auf einer Externalisierung negativer sozialer und ökologischer Auswirkungen im globalen Süden.

Im Februar 1994 erschien in der Zeitschrift *The Atlantic Monthly* ein Beitrag des us-amerikanischen Journalisten Robert D. Kaplan mit dem Titel »Die kommende Anarchie«. Am Beispiel von Westafrika widmet sich der Autor darin der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der sogenannten »unterentwickelten Welt« und zeichnet ein äußerst düsteres Bild derselben. Dessen Wirkung wird durch die drastisch-suggestiven Fotos von verstopften Straßen in südlichen Mega-Cities, von Slums, Kindersoldaten, verschmutzten Flüssen und Bürgerkriegsszenen, mit denen der Beitrag unterlegt ist, noch gesteigert. Die Botschaft ist klar: Nachdem der globale Norden mit dem Ende des Kalten Krieges das Interesse am globalen Süden verloren hat, droht dieser im Chaos zu versinken. Er wird zum Hort von Gewalt, Staatszerfall, Epidemien, »Überbevölkerung« und ökologischer Zerstörung.

## PROBLEMDIMENSION

Die Intention des damaligen Beitrags ist es nicht, auf das Leid von Menschen hinzuweisen oder den Zusammenhängen zwischen dem Reichtum im Norden und den Konflikten im Süden nachzuspüren. Es geht Kaplan vielmehr darum, eine Weltordnung zu skizzieren, in der die übersichtliche Konkurrenz zwischen Nationalstaaten durch eine anarchische Vielzahl von »kulturell« und religiös motivierten Konflikten abgelöst wird. Zudem will er vor der Bedrohung der nationalstaatlichen Ordnung auch des globalen Nordens warnen, die aus einer Ausbreitung der Anarchie des Südens sowie aus den Spannungen resultiert, die in den kulturell heterogenen Gesellschaften des Nordens selbst angelegt sind.

Der ökologischen Problemdimension in Gestalt von zunehmender Ressourcenknappheit und Umweltzerstörung misst Kaplan dabei eine besondere Bedeutung bei: »Es ist an der Zeit, ›die Umwelt‹ als das zu begreifen, was sie ist: die nationale Sicherheitsfrage des frühen 21. Jahrhunderts. Die politischen und strategischen Auswirkungen von wachsenden Bevölkerungszahlen, sich ausbreitender Krankheit, Entwaldung, Bodenerosion, Erschöpfung von Wasserressourcen, Luftverschmutzung und, möglicherweise, steigenden Meeresspiegeln in kritischen überbevölkerten Regionen wie dem Nil-Delta und Bangladesch – Entwicklungen, die zu massenhafter Migration führen und, umgekehrt, Gruppenkonflikte anheizen werden – stellen die zentrale außenpolitische Herausforderung dar, aus der alle anderen Herausforderungen letztlich hervorgehen werden.«

Gut 20 Jahre nach Erscheinen des Artikels von Kaplan überbieten sich europäische PolitikerInnen mit Vorschlägen und konkreten Maßnahmen der Abschreckung und Abschottung gegenüber Menschen, die, getrieben von existenzieller Not bzw. dem Wunsch nach einem besseren Leben, die EU zu erreichen versuchen. Die Zurückweisung einer im internationalen Vergleich überschaubaren Zahl von Geflüchteten wird zu einer Frage der nationalen Sicherheit stilisiert, Zäune werden gebaut, »Schicksalsgemeinschaften« beschworen und »Obergrenzen« eingefordert. Es scheint, als würde sich die von tiefen Interessengegensätzen entzweite politische Elite Europas in dem Bestreben annähern, an den Geflüchteten ein Exempel zu statuieren, um der von Kaplan imaginierten Bedrohung nationalstaatlicher – und in diesem Fall auch

supranationaler – Ordnung geschlossen und mit aller Macht entgegenzutreten.

Daneben zeigt sich in der Situation des Jahres 2017 noch eine zweite Reminiszenz an Kaplans Diagnose von 1994: Viele der Menschen, die abgewiesen oder abzuweisen versucht werden, scheinen auch aus ökologischen Gründen zu fliehen: weil steigende Temperaturen oder Konflikte um knapper werdende Ressourcen in Landwirtschaft und Bergbau sie der Möglichkeit berauben, ein von Not und Gewalt freies Leben zu führen. Auch der Syrien-Krieg reiht sich in diese Erzählung ein, und zwar insofern, als ihm eine lange Dürre vorausging, die das gesellschaftliche Konfliktpotenzial vergrößerte.

Kaplans Katastrophenszenario scheint sich also im Jahr 2017 zu bestätigen. Und nicht nur das: Es liefert der europäischen Abschottungspolitik gleich die Rechtfertigungsgründe mit. Wenn »die Umwelt« zur Frage nationaler Sicherheit wird und wenn es nun mal der globale Süden ist, dem »die Umwelt« besonders übel mitspielt, wenn dieser Süden zudem in einem solchen Chaos versinkt, dass jede Perspektive politischer Stabilität und ökonomischer Entwicklung unter nationalstaatlichen Vorzeichen undenkbar wird, dann muss sich der globale Norden scheinbar auf die Verteidigung seiner zivilisatorischen Errungenschaften konzentrieren. Und sich zu eben diesem höheren Zweck die Menschen aus dem globalen Süden vom Leib halten.

Das Problem ist nur, dass sowohl die Diagnose von Kaplan als auch die heutige Flüchtlingspolitik ihre Legitimation bzw. Plausibilität gerade daraus beziehen, dass sie sich über die beiden entscheidenden Zusammenhänge ausschweigen. Erstens: Menschen werden nicht einfach durch die »Knappheit« natürlicher Ressourcen und »den Klimawandel« in die Flucht getrieben. Stattdessen sind es ungerechte gesellschaftliche Verhältnisse – wie der ungleiche Zugang zu Land, Wasser und Produktionsmitteln –, die Ressourcen knapp und den Klimawandel für viele zu einer existenziellen Bedrohung machen. Zweitens: Diese Verhältnisse lassen sich nur begreifen, wenn man sich von den unmittelbaren Eindrücken löst und den Blick über den Tellerrand der betroffenen Regionen hinaus auf den globalen Kontext richtet. Erst dann nämlich werden ökologische Krisen und gewaltsam ausgetragene Konflikte in ihrer ganzen Komplexität verständlich.

Hinter den Konflikten sogenannter verfeindeter »Ethnien« im Kongo etwa wird der Bedarf des globalen Nordens an

Coltan-Erzen sichtbar, die für die Herstellung von Mobiltelefonen oder Laptops gebraucht werden. Wasserkonflikte – in vielen Teilen der Welt scheinbar die zwangsläufige Folge einer im Zuge des Klimawandels zunehmenden Trockenheit – werden als Resultat der Zerstörung kleinbäuerlicher Produktionsweisen verstehbar, wie sie von agrarindustriellen Unternehmen des globalen Nordens im Einklang mit den Interessen lokaler und nationaler Eliten des globalen Südens betrieben wird. Und als eine Ursache der – mangels anerkannter Fluchtgründe oft als »illegal« gebrandmarkten – Migration afrikanischer Kleinbauern nach Europa gerät die EU-Agrar- und Außenhandelspolitik in den Blick, die mit dem Export hochsubventionierter Agrarprodukte nach Afrika dortige Märkte und Einkommensmöglichkeiten zerstört.

Aus dieser Perspektive verliert die Analyse Kaplans genauso den Anschein der Plausibilität wie die Politik der EU den der Legitimität. Die EU-Politik wird als Versuch begreifbar, einen Wohlstand, der auch auf Kosten anderer entsteht, gegen die Teilhabensprüche eben dieser anderen zu verteidigen. Sie ist insofern die logische Konsequenz einer Lebensweise, die darauf beruht, sich weltweit Natur und Arbeitskraft zu Nutzen zu machen und die dabei anfallenden sozialen und ökologischen Kosten zu externalisieren: in Gestalt von CO<sub>2</sub>, das bei der Herstellung der Konsumgüter für den globalen Norden emittiert und von den Ökosystemen der Südhalbkugel absorbiert wird (bzw. sich in der Atmosphäre konzentriert); in Gestalt von metallischen Rohstoffen aus dem globalen Süden, die die unabdingbare Voraussetzung von Digitalisierung und »Industrie 4.0« im globalen Norden darstellen; oder in Gestalt der Arbeitskräfte im globalen Süden, die bei der Extraktion von Mineralien und Metallen, bei der Wiederverwertung unseres Elektroschrotts oder beim Schuffen auf pestizidverseuchten Plantagen, die die im globalen Norden verzehrten »Südfrüchte« hervorbringen, ihre Gesundheit und ihr Leben riskieren.

## ZUM BEGRIFF DER IMPERIALEN LEBENSWEISE

Wir bezeichnen die Lebensweise, die auf derartigen Voraussetzungen beruht und immer auch die Produktionsweise mit einschließt, als imperial. Damit wollen wir deutlich machen, dass das alltägliche Leben in den kapitalistischen Zentren wesentlich über die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Naturverhältnisse andernorts ermöglicht wird: über den im Prinzip unbegrenzten Zugriff auf das Arbeitsvermögen, die natürlichen Ressourcen und die Senken – also jene Ökosysteme, die mehr von einem bestimmten Stoff aufneh-

men, als sie selbst an ihre Umwelt abgeben (wie Regenwälder und Ozeane im Fall von CO<sub>2</sub>) – im globalen Maßstab. Entscheidend für das Leben in den kapitalistischen Zentren ist die Art und Weise, wie Gesellschaften andernorts – insbesondere im globalen Süden – organisiert sind und ihr Verhältnis zur Natur gestalten. Dies wiederum ist grundlegend dafür, ob der für die Ökonomien des globalen Nordens nötige Transfer von Arbeit und Natur aus dem globalen Süden gewährleistet ist. Umgekehrt strukturiert die imperiale Lebensweise im globalen Norden die Gesellschaften an anderen Orten in hierarchischer Weise entscheidend mit.

Der Ausdruck »andernorts« ist in seiner Unbestimmtheit durchaus bewusst gewählt. Die Herkunft der Rohstoffe, die in Haushaltsgeräte, medizinische Apparate oder Infrastrukturen des Transports sowie der Wasser- und der Energieversorgung eingehen, die Arbeitsbedingungen, unter denen Rohstoffe extrahiert oder Textilien und Lebensmittel hergestellt werden, und der Energieaufwand, der dafür erforderlich ist, sind beim Kauf, beim Konsum und bei der Nutzung vieler notwendiger Alltagsgegenstände nicht sichtbar – dazu gehören auch die »kulturellen Lebensmittel« wie beispielsweise Print- oder digitale Medien. Es ist diese Unsichtbarkeit der sozialen und ökologischen Voraussetzungen, die die Selbstverständlichkeit des Kaufs und der Nutzung erst ermöglicht. »Food from nowhere« hat der Agrarsoziologe Philip McMichael diese Strategie des Verdunkelns der Herkunft und Produktion von Lebensmitteln genannt, mit der die raumzeitlich unbegrenzte Verfügbarkeit letzterer normalisiert wird. Erdbeeren aus China, die im Winter in deutschen Schulküchen angeboten werden, Tomaten, die illegalisierte MigrantInnen in Andalusien für den nordeuropäischen Markt produzieren, und Garnelen, die unter Zerstörung thailändischer oder ecuadorianischer Mangrovenwälder für die KonsumentInnen im globalen Norden gezüchtet werden, sind Beispiele hierfür.

Der Begriff der »imperialen Lebensweise« verweist auf die Produktions-, Distributions- und Konsumnormen, die tief in die politischen, ökonomischen und kulturellen Alltagsstrukturen und -praxen der Bevölkerung im globalen Norden und zunehmend auch in den Schwellenländern des globalen Südens eingelassen sind. Gemeint sind nicht nur die materiellen Praxen, sondern insbesondere die sie ermöglichenden strukturellen Bedingungen und die damit verbundenen gesellschaftlichen Leitbilder und Diskurse. Zugespitzt formuliert: Die Standards des »guten« und »richtigen« Lebens, das ja vielfach aus der imperialen Lebensweise besteht, werden

im Alltag geprägt, auch wenn sie dabei Teil umfassender gesellschaftlicher Verhältnisse und insbesondere von materiellen und sozialen Infrastrukturen sind.

So ist der Kauf eines Autos eine bewusste Handlung, die sich in infrastrukturell, institutionell oder von gesellschaftlichen Leitbildern vorgegebenen und habituell verinnerlichten Bahnen vollzieht. Ein zu Lasten des öffentlichen Personentransports ausgebautes Straßennetz, staatliche Kauf- und Nutzungsanreize für Pkw, vorherrschende Männlichkeitsbilder und Vorstellungen individueller Unabhängigkeit, Wertschöpfungsketten, die eine billige Aneignung von Ressourcen und Arbeitskräften andernorts ermöglichen, laxe Abgasnormen, gesellschaftliche Statuskonkurrenz, die auch über den Autobesitz ausgetragen wird – all diese überindividuellen und den Individuen nicht notwendigerweise bewussten Faktoren beeinflussen die Kaufentscheidung. Sie verleihen ihr erst ihre »Rationalität«, lassen sie normal erscheinen und bringen die Herrschaft begründenden und reproduzierenden Voraussetzungen, unter denen sie getroffen wird, gegebenenfalls auch ihre Gewaltförmigkeit, zum Verschwinden.

Unser Konzept von Lebensweise steht insofern in der Tradition Antonio Gramscis, als wir davon ausgehen, dass sich eine widersprüchliche Gesellschaftsformation wie die kapitalistische nur reproduzieren kann, wenn sie in den Alltagspraxen und im Alltagsverstand verankert ist und dadurch gleichsam »natürlich« wird. Mit dem Adjektiv »imperial« möchten wir, über Gramsci hinausgehend, die globale und die ökologische Dimension der Lebensweise betonen.

Die imperiale Lebensweise ist ein wesentliches Moment in der Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften. Sie stellt sich über Diskurse und Weltauffassungen her, wird in Praxen und Institutionen verfestigt, ist Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen in der Zivilgesellschaft und im Staat. Sie basiert auf Ungleichheit, Macht und Herrschaft, mitunter auf Gewalt, und bringt diese gleichzeitig hervor. Sie ist den Subjekten nicht äußerlich. Vielmehr bringt sie die Subjekte in ihrem Alltagsverstand hervor, normiert sie und macht sie gleichzeitig handlungsfähig: als Frauen und Männer, als nutzenmaximierende und sich anderen überlegen fühlende Individuen, als nach bestimmten Formen des guten Lebens Strebende. »Die Aneignung der hegemonialen Weltauffassungen und die Konstitution des Subjekts fallen zusammen. Indem ich mich orientiere und richte, subjektiviere ich mich. Gerade weil Hegemonie nicht mit Zwang gleichzusetzen ist, sondern auch

auf Konsens beruht, ist die Integration hegemonialer Weltauffassungen in den Alltagsverstand nicht bloß erzwungen, vielmehr liegt darin auch eine Selbsttätigkeit.« Das bedeutet aber auch, dass die Lebensweise umkämpft bleibt. Es gehen immer auch alternative und subversive Deutungen und Praxen in sie ein, Forderungen und alternative Wünsche werden in sie integriert. Insofern beinhaltet jede Lebensweise immer eine widersprüchliche Gleichzeitigkeit von Unterwerfung und Aneignung.

Der Begriff der imperialen Lebensweise verbindet den Alltag der Menschen mit den gesellschaftlichen Strukturen. Er beansprucht, die sozialen und ökologischen Voraussetzungen der vorherrschenden Produktions- und Konsumnormen sowie die Herrschaftsverhältnisse, die in diese Voraussetzungen eingelassen sind, sichtbar zu machen. Und er will erklären, wie Herrschaft im neokolonialen Nord-Süd-Verhältnis, in den Klassen- und Geschlechterverhältnissen sowie durch rassisierte Verhältnisse in den Praxen des Konsums und der Produktion normalisiert wird, so dass sie nicht länger als solche wahrgenommen wird. Insofern beinhaltet der Begriff der Lebensweise auch jenen der Produktionsweise, er nimmt die technischen Bedingungen der Produktion sowie die Formen der Unternehmens- und Arbeitsorganisation in ihrem Verhältnis zu den vorherrschenden Konsumnormen in den Blick.

Der Begriff unterscheidet sich somit von zwei semantisch und teilweise auch theoretisch verwandten Konzepten: dem der Lebensführung und dem des Lebensstils. Der gut gearbeitete soziologische Begriff der alltäglichen Lebensführung bezieht sich auf die Art und Weise, wie die Individuen die vielfältigen Alltags Herausforderungen zu einem einigermaßen kohärenten Lebensentwurf integrieren. Er »bezeichnet ein Arrangement bzw. den Zusammenhang der unterschiedlichen praktischen Tätigkeiten, die eine Person tagtäglich in den verschiedenen Lebensbereichen ausübt.« Als wichtig für die konkreten Muster der Lebensführung werden der Zugang und die Verfügungsmöglichkeiten über materielle, kulturelle und soziale Ressourcen erachtet. Diese sind ungleich verteilt und damit Ansatzpunkte für Unmut und Kritik. Hier treffen sich die Konzepte der Lebensführung und der Lebensweise. Gleichwohl bleiben im Begriff der Lebensführung die gesellschaftlichen Bedingungen, die sich größtenteils »hinter dem Rücken der Akteure« und durchaus als Resultat von strategischem und machtförmigem Handeln herstellen, abgeschattet. Unser Begriff der Lebensweise nimmt deshalb stärker die Modi der Herstellung und Verteilung der Bedingungen der

Lebensführung – materiell wie kulturell – in den Blick. Auch Fragen des Krisenbewusstseins und herrschaftlicher wie alternativer Dispositive werden stärker beachtet. Schließlich: Während der Begriff der Lebensführung darauf zielt, zu begreifen, wie Menschen die Zumutungen neoliberal geprägter Arbeitsprozesse und Konsumzwänge bewältigen und in ihren Lebensentwürfen verarbeiten, fragt das Konzept der imperialen Lebensweise danach, wie die alltägliche Lebensführung unter neoliberalen Bedingungen auch deshalb gelingt, weil ihre sozial-ökologisch destruktiven Folgen externalisiert werden können.

Vom Begriff des Lebensstils grenzen wir uns dann ab, wenn dieser im Kontext der Individualisierungsdebatte benutzt wird und ein Moment der Wahlfreiheit beinhaltet, das von der Klassenstruktur, von Geschlechterverhältnissen und rassierenden Verhältnissen sowie der nationalstaatlichen Verfasstheit kapitalistischer Gesellschaften abstrahiert. Unser Konzept von Lebensweise betont demgegenüber die in die gesellschaftlichen Strukturen eingelassenen Asymmetrien, ohne den Individuen dabei jegliche Wahlfreiheit abzuspochen. Wird der Lebensstil-Begriff in der Tradition von Pierre Bourdieu benutzt, kommt er unserem Begriff der Lebensweise näher. Dann nämlich impliziert er eine Vorstellung von ungleichen gesellschaftlichen Verhältnissen, die sich etwa in geschmacklichen Präferenzen körperlich manifestieren. In den »feinen Unterschieden« des Geschmacks und des aus diesem resultierenden Verhaltens reproduziert sich soziale Ungleichheit, schreibt sich in die Körper der Individuen ein und wird auf diese Weise gleichsam zur »Natur«. Daran knüpfen wir an, allerdings unter Betonung der imperialen Voraussetzungen solcher Handlungsmuster.

## ZUM GEBRAUCHSWERT DES BEGRIFFS DER IMPERIALEN LEBENSWEISE

Mit dem Begriff der imperialen Lebensweise wollen wir erstens das sichtbar machen, was den Alltag – das Produzieren und Konsumieren – der Menschen im globalen Norden sowie einer größer werdenden Zahl von Menschen im globalen Süden ermöglicht, meist, ohne die Schwelle der bewussten Wahrnehmung oder gar der kritischen Reflexion zu überschreiten. Es geht uns darum, wie sich Normalität gerade über das Ausblenden der ihr zugrundeliegenden Zerstörung herstellt. Mit anderen Worten: Es geht um die Alltagspraxen sowie die ihnen zugrundeliegenden gesellschaftlichen und internationalen Kräfteverhältnisse, die Herrschaft über Mensch und Natur erzeugen und verstetigen.

Zweitens möchten wir erklären, wie und warum sich in einer Zeit, in der sich Probleme und Krisen in den unterschiedlichsten Bereichen (soziale Reproduktion, Ökologie, Wirtschaft, Finanzen, Geopolitik, europäische Integration, Demokratie etc.) häufen, zuspitzen und überlagern, so etwas wie Normalität herstellt. Die imperiale Lebensweise erscheint uns in diesem Zusammenhang zentral. Bei ihr handelt es sich um ein Paradoxon, das im Epizentrum verschiedenster Krisenphänomene angesiedelt ist: Sie wirkt – siehe oben – in vielen Teilen der Welt verschärfend auf Krisenphänomene wie den Klimawandel, die Vernichtung von Ökosystemen, die soziale Polarisierung, die Verarmung vieler Menschen, die Zerstörung lokaler Ökonomien oder die geopolitischen Spannungen, von denen man noch bis vor wenigen Jahren ausging, sie seien mit dem Ende des Kalten Krieges überwunden worden. Mehr noch: Sie bringt diese Krisenphänomene wesentlich mit hervor. Gleichzeitig trägt sie aber dort, wo sich ihr Nutzen konzentriert, zur Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse bei. So wäre es ohne die auf Kosten von Mensch und Natur andernorts hergestellten und eben deshalb billigen Lebensmittel womöglich weitaus schwieriger gewesen, die Reproduktion der unteren Gesellschaftsschichten des globalen Nordens auch angesichts der tiefen Wirtschaftskrise seit 2007 zu gewährleisten. Damit soll die soziale Spaltung, wie sie im globalen Norden durch diese Krise noch einmal beschleunigt wurde, keineswegs verharmlost werden.

Drittens wollen wir die gegenwärtigen Krisen und Konflikte als Manifestation der Widersprüchlichkeit der imperialen Lebensweise begreifbar machen. Dass sich viele Probleme heute derart krisenhaft zuspitzen, ist auch darauf zurückzuführen, dass die imperiale Lebensweise derzeit im Begriff ist, sich zu Tode zu siegen. Ihrem Wesen nach beinhaltet sie die Möglichkeit eines überproportionalen Zugriffs auf Natur und Arbeitskraft – mit anderen Worten: auf ein »Außen« – im globalen Maßstab. Sie setzt also voraus, dass andere auf ihren proportionalen Anteil verzichten. Je weniger diese anderen dazu aber bereit sind bzw. je mehr sie selbst darauf angewiesen sind, auf ein Außen zuzugreifen und ihre Kosten auf dieses zu verlagern, desto eher geht der imperialen Lebensweise die Geschäftsgrundlage verloren.

Und genau das ist derzeit der Fall. Im selben Maße, wie sich Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien kapitalistisch entwickeln und die dortigen Mittel- und Oberklassen sich »nördliche« Vorstellungen und Praxen des guten Lebens zu eigen machen, wachsen ihr Ressourcenbedarf und ihr Be-

darf, Kosten etwa in Gestalt von CO<sub>2</sub> zu externalisieren. Sie steigen dadurch nicht nur in ökonomischer, sondern auch in ökologischer Hinsicht zu Konkurrenten des globalen Nordens auf. Das Resultat sind öko-imperiale Spannungen, wie sie sich etwa in der globalen Klima- und Energiepolitik zeigen. Dazu kommt, dass immer weniger Menschen im globalen Süden bereit sind, sich ihr eigenes Leben von der imperialen Lebensweise des globalen Nordens kaputt machen zu lassen. Die aktuellen Flucht- und Migrationsbewegungen sind auch vor diesem Hintergrund zu sehen. In ihnen zeigt sich zudem die ungebrochene Attraktivität, die die imperiale Lebensweise auf diejenigen ausübt, die bislang nicht an ihr teilhaben konnten: Die Geflüchteten suchen Sicherheit und ein besseres Leben, das unter Bedingungen der imperialen Lebensweise in den kapitalistischen Zentren eher zu realisieren ist als anderswo.

Dies erklärt auch, warum sich die repressive und gewaltförmige Seite der imperialen Lebensweise – in Gestalt von Rohstoffkonflikten oder der Abschottung gegen Geflüchtete – gerade heute so deutlich offenbart. Die imperiale Lebensweise beruht auf Exklusivität, sie kann sich nur so lange erhalten, wie sie über ein Außen verfügt, auf das sie ihre Kosten verlagern kann. Dieses Außen schwindet jedoch, denn immer mehr Ökonomien greifen darauf zu und immer weniger Menschen sind bereit oder in der Lage, die Kosten von Externalisierungsprozessen zu tragen. Die imperiale Lebensweise wird dadurch zum Opfer ihrer eigenen Attraktivität und Verallgemeinerung.

Den kapitalistischen Zentren bleibt dann nur noch der Versuch, ihre Lebensweise durch Abschottung und Ausgrenzung exklusiv zu stabilisieren. Damit bringen die diese Politik exekutierenden Kräfte, die sich in der Regel selbst als »bürgerliche Mitte« etikettieren, genau das hervor, was sie als ihren Widerpart begreifen: autoritäre, rassistische und nationalistische Bestrebungen. Dass diese derzeit überall erstarken, liegt auch daran, dass sie sich in der Krise als die eigentlichen, weil konsequenteren Garanten jener Exklusivität inszenieren können, die im Normalbetrieb der imperialen Lebensweise immer schon angelegt ist. Und im Unterschied zu ihren »bürgerlichen« Konkurrenten sind sie in der Lage, ihrer Wählerschaft ein Angebot zu machen, das diese auf eine subalterne Position festlegt und sie gleichzeitig aus ihrer postdemokratischen Passivierung befreit. Nora Rätzsch hat diesen Mechanismus im Hinblick auf den Rassismus, wie er sich im Deutschland der frühen 1990er-Jahre artikuliert, treffend als »rebellierende Selbstunterwerfung« bezeichnet. Den Akteuren wird es dabei

ermöglicht, »sich als Handelnde in Verhältnissen zu konstituieren, denen sie ausgeliefert sind«.

Wenn diese Diagnose zutrifft, dann wären – viertens – die Anforderungen an eine Alternative radikaler zu formulieren, als dies im mainstream der Ökologiedebatte geschieht. Es reicht dann nicht mehr, eine »grüne Revolution« oder einen neuen »Gesellschaftsvertrag« einzufordern und der starken Rhetorik zum Trotz die politische Ökonomie der Probleme sowie die imperiale Lebensweise unangetastet zu lassen. Auch greift es zu kurz, implizit oder explizit darauf zu setzen, dass »die Politik« aus der unabwiesbaren, da wissenschaftlich immer genauer belegten Tatsache der ökologischen Krise endlich die richtigen Konsequenzen zieht – wird damit doch übersehen, dass das so adressierte vermeintliche Steuerungssubjekt »Staat« kein möglicher Gegenpol, sondern ein wesentliches Moment in der institutionellen Absicherung der imperialen Lebensweise ist.

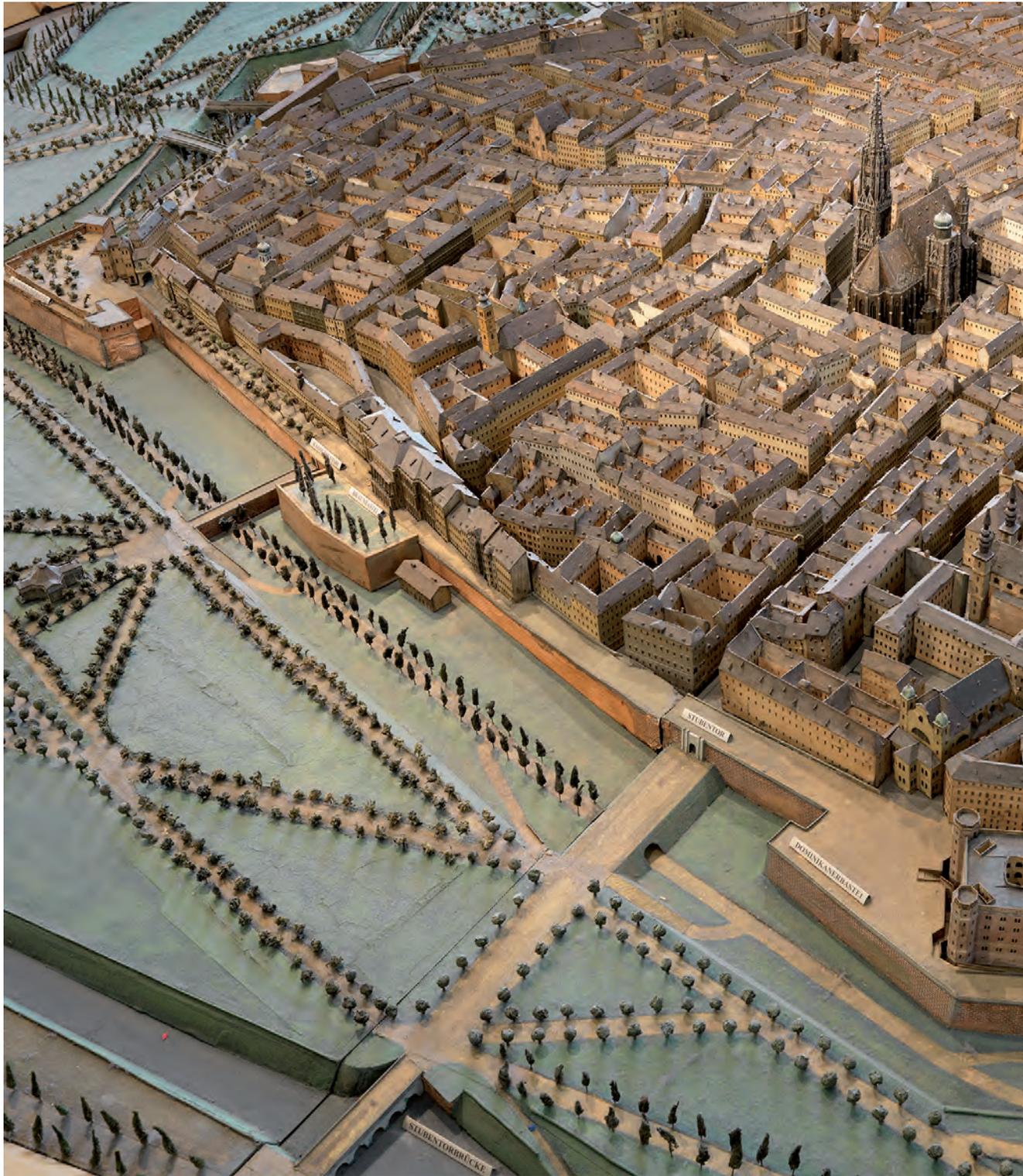
Stattdessen kommt es zunächst darauf an, die ökologische Krise als das anzuerkennen, was sie ist: ein deutlicher Hinweis darauf, dass sich die Produktions- und Konsumnormen des globalen Nordens, wie sie sich mit dem Kapitalismus herausgebildet und schließlich verallgemeinert haben, auch in ihrer ökologisch modernisierten Variante nur auf Kosten von immer mehr Gewalt, ökologischer Zerstörung und menschlichem Leid aufrechterhalten lassen, und auch dies nur in einem kleinen Teil der Welt. Aufgrund der autoritären, weiter auf Inwertsetzung der Natur und gesellschaftliche Spaltung setzenden Politik erleben wir derzeit eine beispiellose Akkumulation der Widersprüche. Die Reproduktion der Gesellschaft und ihrer biophysikalischen Grundlagen kann über den kapitalistischen Wachstumsimperativ immer weniger gesichert werden. Wir erleben eine Krise des Krisenmanagements, eine Hegemonie- und Staatskrise.

Ausgehend von dieser Einsicht geht es sodann darum, die vielfältigen Alternativen, wie sie derzeit gegen die dominanten Entwicklungen praktiziert werden, auf ihre Verallgemeinerungsfähigkeit und auf ihre verbindenden, die gesellschaftliche Wirkmächtigkeit steigernden Elemente zu befragen: Inwieweit zeichnen sich in den Bewegungen für Energiedemokratie, Ernährungssouveränität oder solidarische Ökonomie, um nur einige zu nennen, die Umrisse einer Vergesellschaftung ab, die in einem starken Sinne demokratisch ist, die also in dem Prinzip gründet, dass alle, die von den Folgen einer Entscheidung betroffen sind, gleichberechtigt an deren

Zustandekommen mitwirken? Dies ist aus unserer Sicht eine der zentralen Fragen, denn sie verweist auf ein gesellschaftliches Ordnungsprinzip, das dem der imperialen Lebensweise diametral entgegengesetzt ist. 

#### **ULRICH BRAND UND MARKUS WISSEN**

lehren und forschen an der Universität Wien bzw. der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR). Ende März erscheint ihr Buch »Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus« im Münchner Oekom-Verlag. Bei diesem Beitrag handelt es sich um das gekürzte und leicht veränderte Einleitungskapitel sowie um Teile des dritten Kapitels ihres Buches. Der Beitrag erscheint auch in der Aprilausgabe der »Blätter für deutsche und internationale Politik«.





PLASTISCHES MODELL DER INNEREN STADT  
MIT DEM GLACIS, 1852/54  
Eduard Fischer © Wien Museum

# Es gibt kein richtiges Sprechen im falschen!

In der **Medienwirkungsforschung** wird im Rahmen des Second Level Agenda Settings u. a. die Wirkung von Kommunikation auf menschliche Einstellungen und Verhalten erforscht. Die Erkenntnisse dazu sind bahnbrechend. Umso erstaunlicher ist es, wie wenig diese Erkenntnisse in Theorie und Praxis der politischen Kommunikation der fortschrittlichen Linken beachtet werden. Bernhard Wieland zur Bedeutung »sozialdemokratischer Werte-Sprache«.

**D**er Siegeszug des »strengen Populismus« geht mit dem »Brexit« und der Wahl Donald Trumps voran. Was angehende Diktaturen mit Hilfe eines Polizeistaates erledigen, macht Trump mit präsidentialer Propaganda. Vorgetragen als Enttarnung vermeintlicher »Fake-News«, orchestriert er, kaum im Amt, einen Frontalangriff auf unabhängige Medien. Sein Kampfziel: Die Deutungshoheit der Massenmedien schwächen, um damit die demokratische Kontrollfunktion von Massenmedien einzuschränken. Österreich ist Labor dieses »strengen Populismus«; als sein Großmeister fand hier Jörg Haider, lange vor dem Siegeszug der sozialen Medien, idealtypische Bedingungen vor: Eine übermächtige Boulevardzeitung bereitete den Boden mit auf. Sorgte dafür, dass sein »strenger Populismus« bis tief hinein in Gesellschaft und Arbeiter/innenklasse Themen- und Deutungshoheit und damit Einfluss und Wirkungsmacht erlangte.

»Framing« und »Priming« benennen jene wissenschaftlich belegten Medienwirkungen, die massenmediale Berichterstattung auf Einstellungen und Verhalten des erreichten Publikums haben. Die Agenda-Setting-These von Bernard C. Cohen (vgl. Cohen 1963), wonach Medien keinen Einfluss auf das, was das Publikum zu einzelnen Themen denkt, aber einen erheblichen Einfluss darauf haben, worüber es sich Gedanken macht, ist damit um die Aspekte des unmittelbaren Einflusses auf Denken und Handeln der Menschen zu ergänzen. Massenmediale Berichterstattung lenkt durch Selektion, dem Hervorheben oder dem Streichen von bestimmten Themen bzw. Themenaspekten und gibt so der Information stets einen bestimmten Deutungsrahmen (Frame). Menschen erleichtern sich so das Einordnen von Information. Priming

meint, dass Medieninhalte frühere Gedanken wieder auffrischen und gespeicherten Deutungen Priorität einräumen. Nun beweist die Hirnforschung, dass diese Deutungsprozesse sowohl bewusst als auch unbewusst ablaufen. Medieninformationen bekommen in der Gedankenwelt des/der Einzelnen demnach immer einen »bestimmten« Spin. »Teil dieser Frames ist auch die kognitive Simulation von Dingen, die wir in der Regel überhaupt nicht als Teil von »Sprache« einstufen – Bewegungen, Geräusche, Gerüche, Emotionen, Bilder und vieles mehr.« Damit nehmen Frames immer direkten Einfluss auf menschliches Handeln (vgl. Wehling 2016, 41). Wer kommuniziert, spricht also in Deutungsrahmen und verwendet im Idealfall hierfür wirkungsvolle Sprachbilder. Eine Konsequenz wird dabei besonders oft missachtet: Wer »nur« mit Fakten dagegenzuhalten versucht, sprachlich aber im Frame/Deutungsrahmen seines Gesprächs- bzw. Diskussionspartners bleibt, gießt Öl ins feindliche Feuer. Sprachliches Verneinen ruft nämlich den kritisierten Deutungsrahmen (Frame) auf, aktualisiert (Prime) und verstärkt ihn. Skeptisch? Dann denken Sie jetzt nicht an einen rosaroten Elefanten (vgl. Wehling 2017).

## DEUTUNGSRAHMEN

Wie aber bilden sich besagte Deutungsrahmen in den Köpfen der Menschen, die mit Hilfe von Sprachbildern angesprochen werden können? Das menschliche Denken an sich ist in Deutungsrahmen strukturiert. Der Mensch ruft zur Beurteilung eines Themas gedanklich immer bewusst/unbewusst seine Welterfahrung, seine Weltsicht, seine Alltagsideologie auf. Fakten haben demnach für sich alleine noch keine objektive Bedeutung. Fakten erlangen ihre Bedeutung und Wirkung über den Weg ihrer moralischen Interpretation (vgl. Wehling

2017)! In der gesellschaftlichen und politischen Debatte geht es folglich darum, die moralische Sichtweise zu einem Sachverhalt in gut verständlichen Sprachbildern auszudrücken. Damit sind moralische Sichtweisen und Werte im Sinne von Be-Wertungen Kerndisziplin der politischen Kommunikation bzw. sollten es sein. Die Kernfrage lautet: Was ist von wem, wie, warum und wozu als moralisch relevant erklärt? Politische Kommunikation hat zu be-werten. Als Akteurin hat sich die Sozialdemokratie also zu fragen: Wie be-werten wir Fakten in Bezug auf unsere Werte? In welchen Sprachbildern bringen wir unser sozialdemokratisches Be-Werten zum Ausdruck? Wie zeichnen wir ein emotional anschlussfähiges Sprachbild, über die von uns angestrebten Verbesserungen? Wie de-konstruieren wir gegnerische Deutungsrahmen und welche Sprachbilder verwenden wir dazu? Die massenmediale politische Auseinandersetzung ist ein Wettstreit um die moralische Deutungshoheit, dessen Ausgang sich in den Köpfen des Publikums entscheidet. *Wag the Dog* (1997) lässt grüßen.

Die sozialen Medien verstärken das bisher Gesagte. Während sie an Deutungsmacht zulegen, verlieren etablierte Medien(kanäle) ihr Alleinstellungsmerkmal als Gatekeeper. Dank Twitter, Facebook, Instagram, diversen Blogs und Nachrichten-Websites kann heute jedefrau/jedermann potentiell direkt mit Usern kommunizieren und interagieren. Trumps Fake-News-Propaganda zeigt: Sein politisches Umfeld und er wissen es geschickt zu nutzen, wie das Tandem mobiles Internet und soziale Medien im Begriff ist, die Regeln der politischen Kommunikation zu aktualisieren. Es ist für die Demokratie brandgefährlich, dass es derzeit besonders den Akteuren der extremen Rechten gelingt, diese Veränderungen zu antizipieren und zu ihrem Vorteil zu nutzen. Die Linke verfügt mit der Marx'schen Dialektik zwar über das ideengeschichtliche Werkzeug, um frühzeitig das Umschlagen von quantitativen Merkmalen in eine neue Qualität zu erkennen. Die geschilderten Aktualisierungen in der politischen Kommunikation sind aber ein weiteres Beispiel, wie nachteilig sich der Verzicht auf Methoden der »Philosophie der Praxis«, wie Antoni Gramsci die Erkenntnisse von Marx und Engels treffend bezeichnete, durch weite Teile der Linken auswirken kann. Wie ignorant ist es aber eigentlich, 500 Jahre nach der Erfindung des Buchdrucks die Wirkungsmacht einer neuen Qualität der massenmedialen Vermittlung zu unterschätzen?

Trotz dieser tiefgreifenden und an sich bekannten Implikationen bleibt es, zumindest in der deutschsprachigen Re-

zeption des Themas Deutungsrahmen und Sprachbilder, erstaunlich ruhig. Eine Ausnahme ist hier Elisabeth Wehling, eine deutsche Linguistin, die in Berkeley (Kalifornien, USA) lehrt und forscht. Sie ist mittlerweile gern interviewte Expertin zum Thema Deutungsrahmen, Sprachbilder und politische Kommunikation. Sie belegt ihre Thesen u. a. in ihrem 2016 erschienen Buch »Politisches Framing« mit einer Vielzahl an Studien aus der Hirnforschung. Wehling geht auch der Frage nach, was die menschlichen Deutungsrahmen beeinflusst. Maßgeblich ist Wehling zufolge, welche Werte-Grundhaltungen Menschen in Bezug auf Familie und Kinder einnehmen. Jene, die in ihren Erziehungswerten mehr auf Disziplin und Strenge setzten, neigen zu einem strengen, konservativen und eher wettbewerbsorientierten Weltbild. Jene, die eher Fürsorge und Empathie betonen, neigen zu einem liberal-progressiven, eher egalitären Weltbild. Einzelne Menschen vereinen in der Regel eine Mischung beider Werte-Grundhalten in sich.

## WERTE-ORIENTIERUNGEN

Die Aufgabe politischer Akteure/innen ist es, so Wehling weiter, diese vorhandenen Werte-Einstellungen der Menschen anzusprechen, indem – möglichst in bildhafter Sprache – Fakten aus der Sichtweise des eigenen Werte-Standpunktes interpretiert und argumentiert werden. Weil aber Fakten erst durch ihre moralische Interpretation Bedeutung und Beachtung erlangen, besteht immer auch die Gefahr eines einseitigen Dialogs. Dies dann, wenn nur in einem der beiden genannten Werte-Orientierungen (streng oder empathisch) gesprochen wird. Einer der häufigsten Fehler, Stichwort rosaroter Elefant: Dem gegnerischen Frame mit Fakten oder vermeintlich eigenen Sachvorschlägen zu begegnen, aber sprachlich trotzdem im gegnerischen Frame zu verbleiben. Richtiger wäre es, zu einer neuen »Be-Wertung« des Sachverhaltes einzuladen, indem eigene wirkmächtige Werte-Sprachbilder zum Dekonstruieren des gegnerischen Frames eingesetzt werden.

»Schutz suchende Menschen« versus »Flüchtlingswelle« ist hierfür ein akutes Beispiel. Beziehen wir die Besonderheiten von Boulevard-Medien und deren (bisherige) Wirkungs- und Deutungsmacht mit ein, ist die These valide, wonach diese aktuelle Debatte (insbesondere auch in der Arbeiter/innenklasse) eher von strengen Deutungs- und Interpretationsrahmen dominiert ist. Auf dem so aufbereiteten Feld, gelingt es mit dem Sprachbild der Flüchtlingswelle, Schutz suchende Menschen kollektiv zu entmenschlichen und als gefährliche Naturgewalt zu brandmarken. Rechte und extrem rechte Kreise drehen so, mit Hilfe ihres gezielten Einsatzes stren-

ger Deutungsrahmen/Sprachbilder, die politische Deutungshoheit in dieser Frage zugunsten ihrer autoritären Agenda. Emphatische, humane Politikansätze kommen in Bezug auf Menschen in Not in die Deutungsdefensive. Diese Übergriffe von rechts funktionieren umso besser, je weniger sich die politische Linke ihrer mangelhaften Sprachkompetenz bewusst ist und leider täglich Fehler begeht, indem sie unbeabsichtigt strenge Deutungsrahmen reproduziert. Denn diese Erkenntnisse bedeuten zweierlei. Erstens: Es gibt kein richtiges Sprechen im falschen. Zweitens: Moralische Empörung für sich alleine geht ebenso ins Leere. Mehr noch: Beides hilft den rechten Provokateuren sogar, weil es ihren Spin verstärkt. Die Linke braucht also dringend eine, in diesem Sinne, aktualisierte Sprach-Kompetenz. Es geht darum, rechte/strenge Sprachbilder/Deutungsrahmen, mit Hilfe gezielter, eigener humaner Sprachbilder/Deutungsrahmen zu de-konstruieren und ihnen damit wirkungsvoll entgegenzusetzen. In der Sprache liegt die Macht. Wer in den Augen des Publikums in einer Sache Recht hat, erringt letztlich politischen Zuspruch und Legitimation.

### WAS ALSO TUN?

Die SPÖ Oberösterreich lud in den Jahren 2011/2012 Elisabeth Wehling ein, ein Handbuch sozialdemokratischer Werte in Österreich zu verfassen. Mit diesem beachtenswerten Buch liegt in der SPÖ eigentlich eine gelungene Einführung ins Thema vor. Mehr noch: Das Buch ist ein profundes Kompendium, welches am Beispiel aktueller Fragen der Zeit die sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität in wirkungsvolle sozialdemokratische Sprachbilder übersetzt. Das Buch ist eine viel zu wenig beachtete Pflichtlektüre für alle, die im Rahmen der Sozialdemokratie kommunikative Tätigkeiten ausführen, Grundsatzpapiere, Reden oder Programme erarbeiten. Die Bedeutung dieses Buches ist auch deshalb so groß, weil es eine zentrale Schwäche aufzeigt: Es gibt noch keine Systematisierung, keinen Thesaurus für eine humane, empathische und egalitäre sozialdemokratische »Sprachbilder-Sprache«. So glänzend es Wehling auch gelingt, ihre Theorien in lesenswerte Praxis umzusetzen und so wohltuend sich die von ihr entwickelte sozialdemokratische Sprachbilder-Sprache vom grauen Politik-Sprech abhebt, so deutlich zeigt sich, dass ein System, eine Art Grammatik sozialdemokratischer Sprachbilder-Sprache noch zu erstellen ist. Eine solche systematisierte Sprache wäre zu mehr in der Lage, als zu einem wirkungsvollen bildhaften Beschreiben. Eine solche Sprache wäre in der Lage, sozialdemokratische Bedeutung zu generieren.

In der österreichischen Sozialdemokratie gibt es hierfür im Wirken von Otto Neurath ein potentes (historisches) Vorbild. Neurath entwickelte mit der »Wiener Methode« der Bildstatistik eine leicht verständliche Bildsprache und reifte diese unter dem Namen *Isotype (International System of Typographic Picture Education)* zu einem international gültigen Bildsprache-Standard aus. Mit ihm begründete er eine Art Esperanto der Bildsprache (vgl. Wahl 2010, 188). Komplexe Sachverhalte werden mit Hilfe optischer Zeichen in Form komprimierter Bildgrafiken verdichtet. Sein Anspruch war es, komplexe Botschaften in Bildern zu vermitteln, welche in maximal drei Blicken rezipierbar sind. Neurath ging es um einen möglichst direkten und bildhaften Zugang zu Fakten, als Grundlage für deren Be-Wertung durch die/den Betrachter/in. Damit arbeitete er genau an jener Fragestellung, die heute im Kontext Deutungsrahmen/Sprachbilder wieder aktuell ist. Was Neurath mit seiner Bildsprache gelang, sollte auch in Bezug auf die dringend gebrauchte sozialdemokratische Sprachbilder-Sprache angegangen werden.

Die im Sinne von Framing und Priming mangelnde Sprachkompetenz der sozialistischen Linken kann darüber hinaus auch als eines der Einfallstore für die Etablierung neoliberaler Deutungsrahmen und Denkmuster in der Linken genannt werden. Das Thema hilft uns auch zu verstehen, wie das Missachten der Arbeiter/innenklasse in den Köpfen von Teilen der politischen Linke begann. Um es mit den Didier Eribon Wortens aus seinem Werk Rückkehr nach Reims zu sagen: »Die linken Parteien mit ihren Partei- und Staatsintellektuellen dachten und sprachen fortan nicht mehr die Sprache der Regierten, sondern jene der Regierenden, sie sprachen nicht mehr die im Namen von und gemeinsam mit den Regierten, sondern mit und für die Regierenden, sie nahmen gegenüber der Welt nunmehr einen Regierungsstandpunkt ein und wiesen den Standpunkt der Regierten verächtlich von sich, und zwar mit einer verbalen Gewalt, die von den Betroffenen durchaus als solche erkannt wurde« (Eribon 2016, 121).

Abschließender Befund: Die Sozialdemokratie hat ein veritables Problem mit ihrer Sprache. Die extreme Rechte nützte diese Lücke längst, in dem sie die Arbeiter/innenklasse gezielt auf der Ebene ihrer nationalen Identität anzusprechen versucht. Es gilt also, diese Lücke rasch zu schließen. Dafür ist eine sozialdemokratische Sprachbilder-Sprache notwendig, mit der auch eine Neubelebung der Sozialdemokratie als Werte-Bewegung einherginge. Victor Adler zeigte es

# Fact Box

## Sozialistische Erziehung und die Bildsprache Otto Neuraths

Otto Neurath begründete 1924 das »Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum Wien« als Volksbildungsinstitut für soziale Aufklärung. Für eine Leistungsschau der Kleingarten- und Siedlerbewegung entwickelte Otto Neurath, der ein wichtiges Mitglied des »Wiener Kreises« war, seine »Wiener Methode« der Bildstatistik. Neurath hatte auch großen Einfluss, in der Arbeiter/innenbildung, der vom Austromarxismus geprägten Sozialdemokratie in Österreich der Zwischenkriegszeit. Diese spezielle ideologische Richtung führte die Sozialdemokratie zu einer Vielzahl von Ideen, Konzepten und praktischen Projekten der Arbeiter/innenbildung und Arbeiter/innenkultur. Mit ihrer Idee, den Sozialismus auf demokratischem Wege zu erringen, schlug sie einen »dritten Weg« ein und grenzte sie sich sowohl vom rechts-sozialdemokratischen Reformismus, wie auch von der Programmatik der sich abgespaltenen leninistisch-kommunistischen Bewegung ab.

Ihre strategische Festlegung auf einen Sieg an der Wahlurne beflügelte die Anstrengungen der Sozialdemokratie, eine besonders effektive Partei- und Gewerkschaftsorganisation aufzubauen. Ziel war eine sozialdemokratische Gegenwelt, um die eigene Mitgliedschaft in Lebensabschnitten und Lebensbereichen mittels Organisationen, Angeboten, Serviceleistungen und Betätigungsfeldern zu binden. Nach Müller sind diese Vorfeld- bzw. Spezialorganisationen ein Merkmal aller historisch gewachsenen Lagerparteien. Sie haben den Zweck, Werthaltungen und Traditionen als ideologische Basis zu vermitteln, und damit einen Beitrag über einen Milieu-Zusammenhang hinaus zu vermitteln (vgl. Müller 1996, 312).

Die österreichische Sozialdemokratie ergänzte ihren Massenpartei-Anspruch jedoch um das spezifische Element der »sozialistischen Erziehung«.

Damit ist ein gezieltes gesellschaftliches Wirken gemeint, welches die Arbeiter/innenschaft auf eine zukünftige sozialistische Gesellschaftsordnung vorbereitet. Mit der Bezeichnung »Neue Menschen« gab Max Adler dieser Zielvorgabe, in seinem gleichnamigen Aufsatz und der von ihm unter diesem Namen herausgegebenen Schriftenreihe, ihren Namen (vgl. Adler 1989, 89f). Über die Grenzen Österreichs steht der Austromarxismus deshalb mit der Entwicklung einer »sozialistischen Erziehungstheorie und -praxis« in Verbindung. Kernelement der »sozialistischen Erziehung« ist die Einsicht, dass Erziehung in einer kapitalistischen Klassengesellschaft nicht neutral sein kann. Sozialdemokratische Werte sowie Intellektualität sind ihre wesentlichen Bausteine. Den arbeitenden Menschen sollte ein solidarisches Klassenbewusstsein vermittelt werden, um die geistige Emanzipation der Arbeiterschaft aus sich heraus voranzutreiben. In den Emanzipationsprozess der Arbeiter/innenklasse wurde so die geistige kulturelle Dimension, die Demokratisierung des Wissens, eingeflochten.

Mit seiner zur Isotype weiterentwickelten Bildsprache entwickelte Otto Neurath hierfür eine Methode, um komplexe sozioökonomische Sachverhalte leicht verständlich auch jenen Menschen vermitteln zu können, die über wenig formale Vor-Bildung verfügten.

### LITERATUR

**Adler, Max:** Neue Menschen in Pfabigan, Alfred (Hg.): Vision und Wirklichkeit. Ein Lesebuch zum Austromarxismus, Wien, 1989, S 89 – 97 | **Müller, Wolfgang:** Die Organisationen der SPÖ 1945 – 1995, in Maderthaner, Wolfgang/Müller, Wolfgang (Hg.): Die Organisationen der österreichischen Sozialdemokratie 1889 – 1995, S 195 – 356 | **Groß, Angélique:** Die Bildpädagogik Otto Neuraths. Methodische Prinzipien der Darstellung von Wissen. Veröffentlichungen des Instituts Wiener Kreis. Springer. Heidelberg 2015, S. 202f

vor: Es braucht eine Sozialdemokratie, die den Mut findet, in Ausdrucksform und Habitus glaubwürdig als Sprachrohr und Mentorin »ihrer Klasse« aufzutreten. Die schlechte Alternative ist, dass die Sozialdemokratie »ihre« Arbeiter/innenklasse dauerhaft an die Rechten und extrem Rechten verliert – und damit ihre Chance auf gesellschaftliche Deutungshoheit und Mehrheiten in den Parlamenten. 

#### BERNHARD WIELAND

ist Geschäftsführer der Kinderfreunde Niederösterreich, studierte Politische Kommunikation an der Donau-Universität Krems und forscht zum Thema Strategische und Integrierte Kommunikation (partei)politisch orientierter Nonprofit-Organisationen.

---

#### LITERATUR:

**Cohen, Bernard C.:** The Press and Foreign Policy, California/USA, 1963 | **Eribon, Didier:** Rückkehr nach Reims, Edition Suhrkamp, 2016 | **Wag the Dog** – Wenn der Schwanz mit dem Hund wedelt, Film, USA, 1997 | **Wahl, Niko:** Information als Allgemeingut, in Kos, Wolfgang (Hg.): »Kampf um die Stadt«, Katalog zur Ausstellung, Wien, 2010, S. 177 – 183. | **Wehling, Elisabeth:** Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität, in **Ackerl, Josef, Horner, Christian** (Hg.): »Ein Handbuch sozialdemokratischer Werte in Österreich« SPÖ OÖ, Verlag Gutenberg, Linz, 2012 | **Wehling, Elisabeth:** Online-Interview im »Der Tagesspiegel« vom 3.2.2017, zuletzt kontrolliert am 28.2.2017 | **Wehling, Elisabeth:** Politisches Framing, Edition Medienpraxis, Köln, 2016



»VIANINA«-POSTER, 2007  
Grafik: Nina Simone Wilsmann



VOGELPERSPEKTIVE VON WIEN AUS BLICKRICHTUNG WESTEN, VOR 1683/86  
Folbert van Ouden-Allen © Wien Museum



# Wir ziehen in den Cyber-Krieg!?

**Die jüngsten Fälle** von Computerattacken gegen die Telekom Austria, den Flughafen Schwechat oder die Nationalbank zeigen, dass sich Österreich von einer neuen Bedrohung nicht abkoppeln kann. Aber auch die Reaktion darauf birgt Risiken: Mehr Überwachung, mehr Befugnisse für Polizei und Bundesheer und eine generelle Wende hin zu einer Militarisierung der inneren Sicherheit.

**W**as wäre, wenn plötzlich Bildschirme schwarz würden, Lichtschalter nicht mehr funktionieren, die Ampeln ausfallen und keine Öffis mehr fahren? Kein TV, kein Handy, kein Internet. Nach ein paar Stunden funktioniert außer batteriebetriebenen Radios praktisch kein Kommunikationsmittel mehr. Selbst Krankenhäuser haben Notstromsysteme für gerade einmal zwei Tage. Viele Produktionsprozesse müssen komplett gestoppt werden – bis hin zu den ganz selbstverständlichen Dingen wie Abwasserentsorgung. Innerhalb kürzester Zeit wäre »Alltag« nur mehr eine ferne Erinnerung. Es ist die komplexe Vernetzung, die die Achillesferse unserer Zivilisation darstellt. Moderne und hochtechnologisierte Gesellschaften sind auf das Funktionieren »kritischer Infrastruktur« angewiesen. Dazu zählen unter anderem Energie, Informationstechnik, Telekommunikation, Wasser, Ernährung, Finanzwesen und staatliche Verwaltung. Ausfälle in diesen Bereichen würden unmittelbare volkswirtschaftliche Schäden nach sich ziehen und uns alle betreffen.

Solche katastrophalen Störungen lassen sich mit relativ geringem Aufwand gezielt und massiv herbeiführen. Und zwar indem Schadprogramme (malware) wie Trojaner, Viren und Spyware in die Steuerzentralen von Versorgern oder Netzbetreibern eingespeist werden und dort Abläufe manipulieren – bis hin zum Netzausfall. Mittlerweile haftet solchen Szenarien nichts Fantastisches mehr an. Im Verfassungsschutzbericht von 2015 heißt es: »Ausfälle im Energie- bzw. Elektrizitätssektor stellen aufgrund der Abhängigkeiten anderer Sektoren mitunter die größte Bedrohung dar. Ein großflächiger, längerfristiger Stromausfall (*Blackout*) würde sich auf alle wesentlichen Bereiche der Daseinsvorsorge auswirken. Lebensmittelgroßla-

ger, Rechenzentren von Banken, das U-Bahn-Netz sowie – auch wenn nicht auf den ersten Blick erkennbar – die Versorgung mit Treibstoffen sind stark von einer funktionierenden Stromversorgung abhängig.«

## VOM »SCHATTENBOXEN« ZUM SYSTEMAUSFALL

»Kybernetik« ist die Wissenschaft, die sich mit der Steuerung und Regelung von Systemen in der Biologie, Soziologie und Technik beschäftigt. Abgeleitet davon versteht man unter dem Stichwort »cyber« computergesteuerte Prozesse und die durch sie geschaffene virtuellen »Welten« des Internets. Diese sind freilich gen auso Schauplatz von Kriminalität, Spionage oder Krieg. Je nach Quelle werden täglich etwa 200.000 neue Programme bzw. Mutationen entdeckt, die schädliche Funktionen auszuführen: Fernsteuerbarkeit, Informations- und Datendiebstahl, Betrug, Manipulation, etc. »Die starke Verbreitung und vor allem der leichte Zugang zu diesbezüglichen Tools ermöglicht es immer größeren Tätergruppen – mittlerweile praktisch ohne Vorkenntnisse – Schadsoftware mit sehr hohem Bedrohungspotenzial im Internet zu beziehen und zu verbreiten«, warnt der Verfassungsschutzbericht.

Das Täter-Spektrum reicht von gelangweilten »Script-Kiddies« über destruktive Hacker (*Black Hat*) bis hin zu Cyber-Kriminellen. Letztere versenden etwa Ransomware, die Daten per Verschlüsselung unlesbar macht. Dann verlangen die Angreifer von den Betroffenen Lösegeld für die Herausgabe des Schlüssels. Schutzgelder werden von mittelständischen Unternehmen und Konzernen auch mittels DDOS-Attacken erpresst. DDOS steht für *Distributed Denial of Service* und bezeichnet einen Vorgang, bei dem etwa Webseiten oder Programme mit so vielen Anfragen überschüttet werden, bis die

Dienste ausfallen. Einer internationalen Studie von 2017 zufolge sind 57 Prozent der Unternehmen in der jüngsten Zeit Opfer von Cyber-Angriffen geworden. Insgesamt wurden Schäden in Höhe von 261 Milliarden Euro verursacht. Der Anteil der betroffenen Firmen ist 2016 von 15 auf 21 Prozent gestiegen.

Für die Allgemeinheit am gefährlichsten sind freilich Aktivitäten von Nationalstaaten. Denn bereits seit Jahren tobt im Geheimen ein unerklärter und völlig regelloser Cyber-Krieg, der sich ständig weiter hochschraubt. Es geht um Informationsgewinn, Wirtschaftsspionage, Desinformation oder einfach darum, Chaos zu säen. Geopolitische Spannungen wie zwischen Russland und dem Westen oder die Konflikte rund um die Atomprogramme des Iran und Nordkorea werden zunehmend in den Untiefen des Internet ausgefochten. Noch handelt es großteils um »Schattenboxen«. Aber es könnte der Tag kommen, wo der »Heimatfront« eines gegnerischen Staates mit massiven Cyber-Angriffen der Boden unter den Füßen weggezogen wird. Erste Ansätze hierfür gibt es bereits.

## HYBRIDKRIEG UND DAS CYBER-SCHLACHTFELD

2013 hat ein russischer Theoretiker mit einer Doktrin aufhören lassen: In künftigen Kriegen werde das Verhältnis zwischen eingesetzten nicht-militärischen und militärischen Mitteln vier zu eins betragen. Subversion, Spionage, Propaganda und Cyber-Attacken seien künftig notwendig, um den Gegner zu bezwingen – nicht nur rein militärische Mittel. Das bringt auch die Formel vom »Hybrid-Krieg« zum Ausdruck, die die russische Invasion der Krim (2015) und den darauffolgenden Bürgerkrieg in der Ukraine umschreibt.

Der Auftakt für den Cyberkrieg erfolgte aber bereits 2007 und zwar in Estland: Für drei Wochen »stotterte« damals das Internet in dem kleinen baltischen Land. Webseiten der Regierung, von Parteien, Firmen, Banken, Handynetzbetreibern und Zeitungen brachen zusammen. Zuvor war es zwischen Estland und Russland zu Spannungen gekommen, nachdem die Esten ein russisches Kriegerdenkmal in Tallin abbauen wollten. Als es dann im Sommer 2008 zu Kämpfen zwischen russischen und georgischen Truppen um die abtrünnige Provinz Südossetien kam, legten DDOS-Angriffe Server in Georgien lahm. Webseiten wurden gehackt und verändert. Dadurch konnte die Bevölkerung keine Informationen abrufen und war dementsprechend verunsichert.

Erstmals 2010 wurde das sogenannte »Stuxnet«-Computervirus entdeckt: Im iranischen Atomkraftwerk Natanz hatte es über einen längeren Zeitraum dafür gesorgt, dass 1.000 Zentrifugen außer Kontrolle gerieten und sich selber zerstörten. Damit wurde das iranische Atomprogramm über Jahre zurückgeworfen. Obwohl es keine Bestätigung gibt, gelten die USA und Israel als Urheber von Stuxnet. Für den Antivirus-Spezialisten Eugene Kaspersky war damit die Büchse der Pandora geöffnet worden: »Ich denke, dass dies der Auftakt zu einem neuen Zeitalter ist: die Zeit des Cyberterrorismus, der Cyberwaffen und der Cyberkriege.« Das Stuxnet-Schadprogramm sei nicht konzipiert worden, um Geld zu stehlen, Spam zu versenden oder persönliche Daten abzugreifen – so wie es Cyberkriminelle tun. Stuxnet sabotierte Steuerungssystemen in industriellen Anlagen, um physischen Schaden anzurichten. Der Code wies alleine vier besonders ausgefeilte und teure *Zero Day Exploits* auf. Diese ermöglichten es Stuxnet unbekannte Sicherheitslücken auszunutzen. Im Grunde war es eine Kriegshandlung. Und sie wurde entsprechend beantwortet.

Im Jahr 2012 befahl ein Virus 30.000 Computer der Erdölfirma Saudi Aramco. Zwei Jahre darauf drangen iranische Hacker in das Kontrollsystem eines kleinen Damms nahe New York vor. Und erst im Dezember 2016 berichtete Associated Press über Angriffe auf einen der größten Stromerzeuger der USA. Dabei wurden Netzwerke geentert, über die das amerikanische Stromnetz gesteuert wird. Die Eindringlinge erbeuteten Passwörter sowie Dutzende Pläne von Kraftwerken und Stromnetzen. Alles Informationen, mit denen man den gefürchteten »Blackout« herbeiführen kann.

Ein einfaches Word-Dokument dürfte mitentscheidend dafür gewesen sein, dass 2016 700.000 Menschen im Südwesten der Ukraine vorübergehend vom Stromnetz abgeschnitten wurden. Gefälschte E-Mails waren an Mitarbeiter des Energieversorgers ergangen. Vermeintlicher Absender war Werchowna Rada, das ukrainische Parlament. Um den Inhalt zu lesen, mussten die Opfer das Ausführen eines Makros erlauben, einer Befehlssammlung, die bestimmte Aufgaben automatisiert. Wer dann auf »Aktivieren« klickte, ließ die malware ins System.

Besonders brisant ist, dass nach Einschätzung der US-Geheimdienste der russische Präsident Wladimir Putin persönlich Cyberangriffe angeordnet hat. Dadurch sollten die Chancen des Republikaners Donald Trump bei den Präsi-

dentschaftswahlen 2016 erhöht werden. Ziel sei es gewesen, den Glauben der Öffentlichkeit in die demokratischen Prozesse zu untergraben. »Wir gehen davon aus, dass Putin und die russische Regierung eine klare Präferenz für Trump hatten«, heißt es in dem diesbezüglichen Bericht. Über Enthüllungsplattformen wie WikiLeaks wurden Zehntausende teils brisante Emails publik gemacht, die »Cyber-Söldner« zuvor von einem Server der US-Demokraten erbeutet hatte. All das schadete der Clinton-Kampagne massiv.

Aber nicht nur Russland und die USA sind in Sachen Cyber fixe Größen: Chinas »Hacker army« wird auf zwischen 50.000 und 100.000 Personen geschätzt. Laut einer Untersuchung des Zeitraums Anfang 2013 bis Mai 2016 gelang es chinesischen Hackern 262 Mal, in die Computersysteme von Firmen oder Regierungsbehörden einzudringen – meistens in den USA, aber auch in der Schweiz, Deutschland oder Brasilien.

Zuletzt wurde Anfang 2017 bekannt, dass die USA seit drei Jahren elektronische und Cyberattacken gegen Nordkorea auszuweiten. Als dort einige Raketenstarts missglückten sei dies als Erfolg der geheimen Anstrengungen gewertet worden.

### ÖSTERREICH IM VISIER

Auch Österreich ist bereits mehrfach ins Visier geraten. Am 1. Februar 2016 wurde die Telekom Austria das Opfer von DDOS-Attacken. Mit dem massenhaften Versenden von Datenpaketen aus mehreren Herkunftsländern sollte das System lahmgelegt werden. Das Motiv war Geld: In einem Erpressersreiben wurden zunächst 100.000 Euro in Bitcoins verlangt, die Forderungen wurden in den folgenden Stunden um das Mehrfache erhöht. Erst als die Erpresser erkannten, dass die Techniker imstande waren, den Angriff abzuwehren, gaben sie ihr Unterfangen auf.

Am 2. September 2016 zielte ein Hackerangriff darauf ab, die Website des Flughafens Wien-Schwechat außer Gefecht zu setzen. Das Vorhaben misslang. Diesmal bekannte sich ein türkisches Hackerkollektiv namens »Aslan Neferler« dazu. Der Flughafen Wien hatte erst wenige Tage zuvor für Schlagzeilen gesorgt, als eine Computerpanne zahlreiche Starts und Landungen verhinderte und tausende Passagiere festsäßen. Damals hieß es, dass man eine Cyberattacke als Ursache ausschließen könne.

Den nächsten Schlag führte »Aslan Neferler« am 9. September 2016 durch, nun gegen die Server der Österreichi-

schen Nationalbank. Auch dieses Mal konnte der Angriff abgewehrt werden. Lediglich die Webseite war kurzfristig nicht erreichbar. Wenige Wochen später, am 25. November 2016, war die Website des Außenministeriums an der Reihe. Die DDOS-Attacke habe sich gegen den Server der Website gerichtet und von 18.30 Uhr bis 23.00 Uhr gedauert. Die Seite sei daraufhin rasch offline genommen worden, während das interne System nicht betroffen gewesen sein soll.

In der Nacht vom 27. auf 28. November 2016 war »www.bundesheer.at« für einige Stunden offline. Andere Folgen hatte der DDOS-Angriff angeblich nicht. Schließlich war am 5. Februar 2017 die Website des Parlaments 20 Minuten lang nicht erreichbar. Wieder sollen keine Daten verloren gegangen sein.

Als mutmaßlichen Haupttäter wurde Ende Februar 2017 ein im US-Bundesstaat Kentucky lebender Türke enttarnt. Arslan A. alias »General Osman« habe einen militärischen Hintergrund in der Türkei. Er postete Fotos, die ihn in der Uniform eines Fallschirmjägers auf einem türkischen Truppenübungsplatz zeigten. Beruflich gab er sich als Cyber-Sicherheitsfachmann aus. Arslan A. verwendete für seine Angriffe ein sogenanntes »Botnet« mit 600 infizierten Servern aus 150 Ländern. Attackiert wurden Länder und Einrichtungen, denen von ihm und seinen Sympathisanten »Türkeifeindlichkeit« nachgesagt werde.

Zu Cyberaktivitäten ausländischer Geheimdienste in Österreich gibt es dagegen praktisch keine Informationen. IT-Sicherheits-Experten bestätigen aber, dass deren Hacker auch in Österreich höchst umtriebig sind. So verfügt die *National Security Agency (NSA)* über eine spezielle *Tailored-Access-Operations-(TAO)-Einheit*. Diese führt pro Jahr einige Hundert Operationen pro Jahr durch – nach dem Motto »Getting the ungettable«, an das Unerreichbare herankommen. Die TAO hat nicht nur das UNO-Hauptgebäude in New York verwandt, sondern mit ziemlicher Sicherheit auch die Internationale Atomenergiebehörde in der Wiener UNO-City, die Organisation für internationale Zusammenarbeit (OSZE) und die Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC). Die österreichische Hauptstadt hat für die US-Geheimdienste seit dem Kalten Krieg überhaupt eine »besondere Bedeutung«, meint der deutsche Experte Holger Stark: »Es spricht alles dafür, dass neben den internationalen Organisationen auch die russische, iranische und nordkoreanische Botschaft in Wien zu den Hauptzielen zählen.«

Aus Dokumenten, die Edward Snowden geleakt hat, geht jedenfalls hervor, dass Wien zu den wenigen Standorten zählt, wo sich ein Team des von NSA und CIA gemeinsam betriebenen *Special Collection Service* befindet. Das SCS verwendet Hochleistungstechnik, mit der beispielsweise das Handy der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel abgehört wurde. Selbst Mikrofone in Smart-Fernsehgeräten von Samsung können jederzeit in Abhörgeräte verwandelt werden. Bei den Atomgesprächen im Wiener Palais Coburg (2015) war die Mikrowellenstrahlung von all dem Überwachungsequipment so stark, dass die Teilnehmer ins Freie gehen mussten, um wieder Handyempfang zu haben. Die im Hotel aufgefundenen Abhörwanzen beschäftigen die Behörden bis heute – aber Spionage ist hierzulande ja bekanntlich straffrei, solange sie sich nicht gegen Österreich richtet.

## CYBERABWEHR AUF ÖSTERREICHISCH

Für die Abwehr von Cyberangriffen gibt es in Österreich keine Alleinverantwortung, sondern vielmehr eine Konkurrenzsituation zwischen verschiedenen Strukturen. Geht es um Verbrechen und Terror, dann übernimmt das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) des Innenministeriums. Bei einer Gefahr für die Landesverteidigung kommt das Bundesheer ins Spiel. Und dort wiederum gibt es gleich mehrere zuständige Stellen: Die beiden Nachrichtendienste – das Heeresnachrichtenamt (HNA) und das Abwehramt (AbwA) – sowie das im Mai 2013 geschaffene Koordinierungs- und Kompetenzzentrum für *Cyber Defence* (*Military Computer Emergency Readiness Teams, milCERT*).

Zu tun gibt es genug: Pro Woche werden 500.000 Zwischenfälle registriert. Neben automatisierten Prüfvorgängen werden etwa 1.000 Vorfälle detailliert untersucht. Täglich stellen sich fünf bis sechs Angriffe als gefährlich heraus.

Welchen Stellwert Cyberabwehr mittlerweile einnimmt, erkennt man daran, dass das milCERT im Endausbau 1.350 Mitarbeiter aufweisen soll. Für dieses Projekt sollen bis 2020 250 bis 350 neue Mitarbeiter gewonnen werden. Das HNA wiederum wird neu adaptierte Räumlichkeiten in der Mariatheresienkaserne beziehen – inklusive Namensänderung in »Bundesnachrichtenamt«. Das AbwA mit seinem Cyber Defence Center wird bis 2018 in die freigewordenen Räume in der Hütteldorfer Kaserne umsiedeln. In die Ausstattung werden insgesamt 46 Millionen Euro investiert. Dazu gehören teure Software-Pakete. Weitere 13,5 Millionen werden in die Infrastruktur von drei Cyber-Schulungszentren und drei Cy-

ber-Dokumentation-Research-Zentren investiert. Einen Teil der Ausbildung der heimischen Cybersoldaten übernimmt die NATO. Sie nehmen regelmäßig an Übungen des westlichen Militärbündnisses teil. Eine Zusammenarbeit wurde auch mit Israel angebahnt, das mit der Unit 8200 über eine besonders effektive Cybereinheit verfügt.

Dass beide Geheimdienste des Bundesheeres im selben Feld tätig sind, hat nicht dazu beigetragen, ihr historisch schwieriges Verhältnis zu entspannen. Eifersüchteleien und Kompetenzstreitigkeiten waren an der Tagesordnung. Mitarbeiter des AbwA sorgten öfters für Skandale, etwa durch Weitergabe sensibler Informationen an FPÖ-Politiker oder die Verstrickung eines Informanten in die Schändung einer sich in Bau befindlichen Moschee in Graz (spöttisch »Operation Schweinsohr« genannt). Friktion garantiert auch das Konkurrenzdenken zwischen Innen- und Verteidigungsministerium. Zuletzt sorgte die Veröffentlichung von Ermittlungsergebnissen rund um den bereits erwähnten Hacker Arslan A. für Verstimmung beim BVT. Dieses sah die Fahndung torpediert, während sich das HNA öffentlichkeitswirksam Lorbeeren einheimste.

Ein weiteres Hauptproblem besteht darin, dass ein Großteil der »kritischen Infrastruktur« in Österreich in privater Hand ist – ebenso wie deren Schutz vor digitalen Bedrohungen. Vor allem die Energieversorger, aber auch die Telekommunikationsunternehmen, wenden dafür beträchtliche Mittel auf. Der Cyberangriff auf die Telekom Austria habe gezeigt, »dass die Firmen sich dadurch gut selbst wehren können«, sagt Otmar Lendl, Teamleiter des *Computer Emergency Response Teams Austria* (CERT.at), das für Sicherheitsteams heimischer Unternehmen und Institutionen Information und Koordination anbietet.

Das Bundesheer jedenfalls will künftig nicht mehr nur verteidigen, sondern auch Hackerangriffe aktiv bekämpfen. Gegenüber dem Standard hieß es: »Derzeit wird analysiert, welche Maßnahmen im Falle von Angriffen gesetzt werden können, um einen solchen abzuwehren beziehungsweise ins Leere laufen zu lassen und damit den Schaden klein halten zu können.«

## MILITARISIERUNG POLIZEILICHER AUFGABEN

2016 wurde überhaupt ein weitreichendes Sicherheitspaket auf den Weg gebracht. In Krisenfällen wie Terroranschlägen und Naturkatastrophen soll künftig auf Antrag der Bundes-

regierung ein »Sicherheitskabinett« bestehend aus sechs Mitgliedern unter Vorsitz des Bundeskanzlers zusammentreten. Die Nachrichtendienste HNA, AbwA und BVT sollen enger zusammenarbeiten und mehr Daten austauschen, die Cyber-Abwehr ausgebaut und das Auslandsengagement des Bundesheers ausgebaut werden.

Besonders umstritten ist, dass das Bundesheer mehr Kompetenzen im Inland erhalten soll. Darunter fällt der Schutz »kritischer Infrastruktur«, aber auch mögliche Einsätze zur »Crowd and Riot Control«, also Kontrollmaßnahmen bei Menschenansammlungen und Demonstrationen. Dafür sollen für 35 Millionen Euro unter anderem 17 neue Gruppenfahrzeuge, feuerfeste Overalls und »minder letale Wirkmittel« besorgt werden, worunter etwa Gummigeschoße fallen. Überhaupt zeichnet sich beim Heeresbudget eine historische Wende ab: Bis 2020 werden insgesamt rund 1,2 Milliarden Euro in die Beschaffung von Ausrüstung, Fahrzeugen und Gerät fließen – und 535 Millionen Infrastruktur wie Kasernensanierungen. Österreich reagiert damit auf eine »gefährlicher« gewordene Welt, aber die Folgen – insbesondere was die zunehmende Militarisierung der inneren Sicherheit betrifft – sind alles andere als absehbar. 

**THOMAS RIEGLER**

ist Historiker, Mitglied der Redaktion der ZUKUNFT  
und arbeitet in Wien.

---

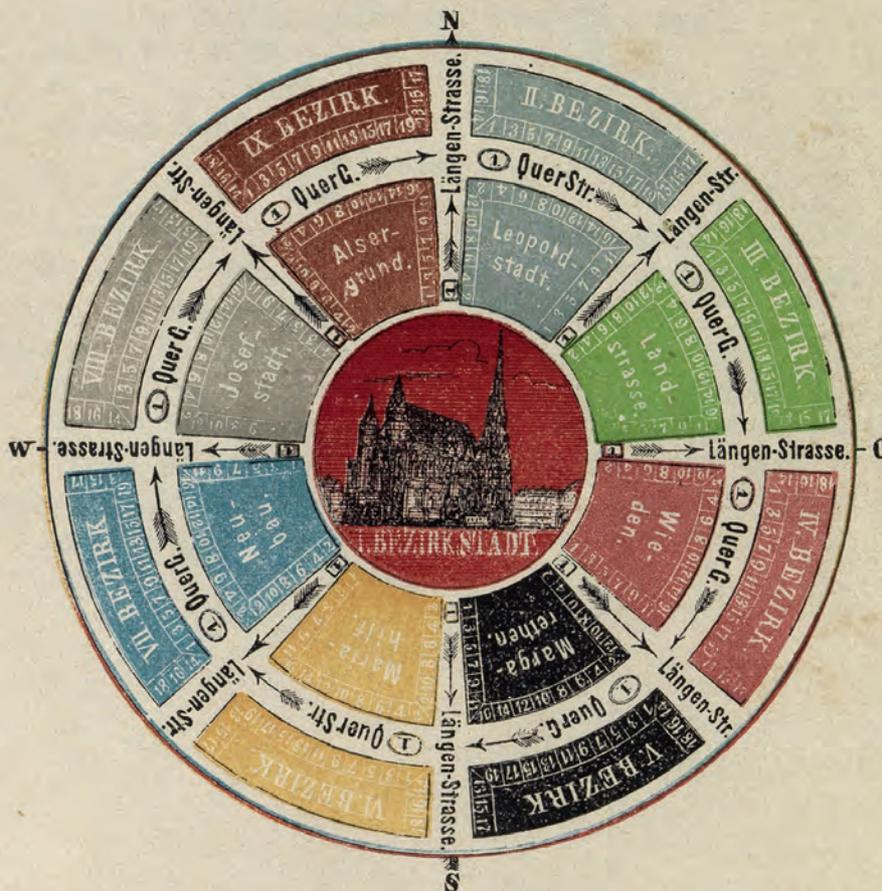
### LITERATUR

**Fabian Schmid**, Die gefährliche Cyberrivalität zwischen Heer und Polizei, in: Webstandard, 5. 3. 2017. | **Markus Sulzbacher**, Das Bundesheer zieht in den Cyberwar, in: Web-Standard, 29. 1. 2017. | **Eva Konzett**, Sarah Kleiner, Martin Tschiderer, Heimatfront, in: Datum; Nr. 11/2016, 16-25. | **Markus Sulzbacher**, Bundesheer setzt auf offensive Cyberwaffe, in: Web-Standard, 18. 10. 2016. | **Conrad Seidl**, Bundesheer rüstet Geheimdienste nach, in: Der Standard, 29. 9. 2016. | **Jürgen Streihammer**, NSA-Affäre: Obama lässt OSZE ausspionieren, in: Die Presse, 21. 5. 2014.

# Winkler's Orientirungs-Plan

der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien



mit seinen acht umliegenden Vorstadt-Bezirken.



WIEN AUS DER VOGELSCHAU VOM GETREIDEMARKT AUS, 1904  
Erwin Pendl © Wien Museum



# Wie wird der Kapitalismus enden?

Zehn Jahre nach Beginn der großen Wirtschaftskrise sieht Wolfgang Streeck in seinem jüngst erschienenen Sammelband »How Will Capitalism End?« den Kapitalismus nicht nur die Demokratie, sondern auch seine eigenen Grundlagen als einigermaßen stabile soziale Ordnung unumkehrbar zerstören. Der aufrüttelnde Titel ist dabei weniger als Verheißung einer besseren oder als Androhung einer düsteren Zukunft, denn als verzweifelter Aufruf an die Sozialdemokratie und den Mainstream der Sozialwissenschaften zu sehen, sich der Dramatik der gegenwärtigen Lage endlich zu stellen.

**W**ie wird der Kapitalismus enden? Wer eine Antwort auf diese Frage erwartet, wird von diesem Buch enttäuscht sein. Denn Wolfgang Streeck beschäftigt sich in den elf in diesem Band zusammengetragenen Aufsätzen und einer verbindenden Einleitung zwar intensiv mit den ihm nicht mehr auflös- und verschiebbar erscheinenden Widersprüchen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, begnügt sich aber mit einer Art Negativfeststellung: Die »Götterdämmerung« des Kapitalismus stehe an, auch wenn keine neue, bessere Gesellschaftsordnung in Sichtweite sei. Die Auflösung der kapitalistischen Gesellschaft vollziehe sich nicht durch eine organisierte Opposition, sondern im Gegenteil durch deren erfolgreiche Niederwerfung, die den Kapitalismus »kapitalistischer gemacht hat, als gut für ihn ist«. Die große Krise von 2008 markiere das Scheitern eines 40-jährigen Versuchs, mit immer neuen Strategien wirtschaftliche Dynamik wiederzugewinnen, die durch die schamlose Bereicherung der herrschenden Klasse gleichzeitig behindert werde.

Vor diesem Hintergrund können die Eliten die soziale Ordnung angesichts von wirtschaftlicher Stagnation, neo-feudaler Umverteilung, der Ausplünderung des Gemeinwesens, Korruption und globaler Anarchie nicht aufrechterhalten, weil sie die Fundamente der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung untergraben. Streeck räumt ein, dass dem Kapitalismus schon oft vorschnell der Tod prophezeit worden sei und er selbst skizziert sein von ihm prophezeitendes Ende mehr als eine Art Wachkoma des Kapitalismus, der in der Phase seines Sterbens »sehr präsent sein wird, weil niemand die Macht hat, seinen verrottenden Körper aus dem Weg zu räumen«. Streeck sieht eine lange Periode »systemischer Desintegration« vor uns, »in der soziale Strukturen instabil und unverlässlich

werden«, eine Gesellschaft »die weniger ist, als eine Gesellschaft«. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung werde nicht in eine neue Ordnung, sondern in eine dauerhafte Unordnung übergehen.

## COPING, HOPING, DOPING – AND SHOPPING

Auf das Fehlen gesellschaftlicher Ordnung werden Menschen nach Streeck mit dem Vierklang »Coping, hoping, doping und Shopping« reagieren: Sie werden versuchen, sich mit ständigen Improvisationen individuell in einer Welt ständiger aufeinanderfolgender Notfälle durchzuschlagen (coping). Das wird mit der Hoffnung, auf ein besseres Leben, dem Traum, es als Einzelner schaffen zu können, ergänzt werden (hoping). Beides wird zwangsläufig mit Formen des Doping verbunden werden, wobei der Substanzenmissbrauch enorm steigen wird, sowohl um Leistung zu pushen, als auch um Leistung zu substituieren, um also in anderen Worten mit Drogen aller Art die unerträgliche Realität zu verdrängen. Schließlich wird dem Konsum noch stärker als bisher die Rolle zufallen, eine »neoprotestantische Arbeitsmoral« trotz stagnierender und sinkender Löhne, verschlechterter Arbeitsbedingungen und unbezahlter Überstunden aufrechtzuerhalten. Streeck prognostiziert einen »Wettbewerbshedonismus«, einen »hedonistischen Konsumismus« als zentrales Gratifikationsmittel. Schließlich hänge die Kapitalakkumulation nach dem Zerfall gesellschaftlicher Strukturen am seidenen Faden einer kapitalistischen Konsum- und Produktionskultur.

## UNGLEICHHEIT UND STAGNATION – MEHR ALS EIN VERTEILUNGSPROBLEM

Doch woher kommt diese düstere Endzeitstimmung? Streeck greift bei der Analyse der blockierten wirtschaftlichen Dynamik weitgehend auf die Darstellung in seinem 2013 erschie-

nenen Buch »Gekaufte Zeit – die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus« zurück (ZUKUNFT 09/2013), das Jürgen Habermas in der Wucht seiner Analyse mit Karl Marx' »18. Brumaire des Louis Bonaparte« verglichen hatte: In den 1970er-Jahren hätten die Kapitalbesitzer den Konsens im »demokratischen Kapitalismus« aufgekündigt. Durch steigende Arbeitslosigkeit und Inflation sollten aufgetretene Akkumulationsprobleme und gleichzeitig die »Gefahr« demokratischer Kontrolle über das Wirtschaftsleben beseitigt werden.

Unter Rückgriff auf Argumentationsmuster zahlreicher marxistischer AutorInnen skizziert er die aktuellen wirtschaftlichen Krisenerscheinungen als Ausläufer eines kapitalistischen Krisenpfads, der in den 1970er-Jahren begonnen habe. Auf eine Phase globaler Inflation folgte die Explosion öffentlicher Verschuldung in den 1980er-Jahren. Dies war aber nicht die Folge verschwendungssüchtiger Regierungen, als vielmehr das Ergebnis der Umwandlung des Steuer- in einen Schuldenstaat. Steuersenkungen für die Reichen waren durch wachsende öffentliche Verschuldung kompensiert worden. Ab den 1990er-Jahren stieg der Druck, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, um »das Vertrauen der Finanzmärkte« zu wahren. Diese Politik der Haushaltskonsolidierung wurde einerseits durch eine Liberalisierung der Finanzmärkte und andererseits durch eine Ausweitung der privaten Verschuldung begleitet.

Der Kollaps von 2008 ist daher also nicht die Folge unerklärlicher Deregulierung, sondern ein Ausläufer des Versuchs, Staats- und private Konsumausgaben auf hohem Niveau zu halten und dabei gleichzeitig demokratische Einflussmöglichkeiten auf die Wirtschaft zu beseitigen und die Einkommensverteilung dramatisch zugunsten der Kapitalbesitzer zu verschieben. Mit der Krise von 2008 und dem Aufkommen eines Konsolidierungsstaates sind für Streeck die bisher zur Verfügung gestandenen Ressourcen erschöpft: Nach der Verstaatlichung der Krisenkosten ist der öffentliche Verschuldungsspielraum begrenzt, gleichzeitig kann auch die private Verschuldung nicht mehr in der davor geübten Weise ausgeweitet werden. Der über Jahrzehnte kumulierte Vertrauensverlust der Politik in der Bevölkerung erschwert »Reformen« im Sinne der Kapitalbesitzer, gleichzeitig fehlt es aber den über einen langen Zeitraum geschwächten Gewerkschaften an Kraft, eine demokratische Regulierung des Kapitalismus zu erzwingen.

## KAPITALISMUS UND DEMOKRATIE

In mehreren in diesem Band versammelten Aufsätzen spricht

Streeck das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie an, das schon immer spannungsgeladen gewesen sei: Die Kapitalisten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts sahen in der politischen Demokratie immer die Gefahr der Demokratisierung der Eigentums- und Einkommensverhältnisse. Die politische Linke erkannte umgekehrt in der mit dem privaten Eigentum an den Produktionsmitteln verbundenen politischen Machtstellung der Kapitalisten die Gefahr, dass sie sich bei Bedarf der politischen Demokratie entledigen würden.

Der »demokratische Kapitalismus« der Nachkriegszeit baute darauf auf, dass demokratische Gemeinwesen in einer »gemischten Wirtschaft« mit starkem öffentlichem Eigentum die Märkte steuerten, ohne aber den Kapitalismus zu beseitigen. Das Aufkündigen dieses Konsenses in den 1970er-Jahren hat zu einer laufenden Aushöhlung der Demokratie geführt. Wachsende Ungleichheit und die täglich vor Augen geführte Irrelevanz staatlicher Institutionen in globalen Märkten hat das Vertrauen vieler Menschen in die demokratischen Organe erschüttert, hat die Demokratie als Regierungsform in den Augen vieler sinnlos werden lassen. Der »demokratische Klassenkampf hat sich in postdemokratisches Politainment verwandelt«, konstatiert Streeck. Und dennoch verschärfen die Eliten ihre Anstrengungen weiter, jede demokratisch-egalitäre Einflussnahme auf wirtschaftspolitische Entscheidungen zu verhindern. Während dies in der autoritären Disziplinierung der griechischen SYRIZA-Regierung unter den Bedingungen ökonomischer Erpressbarkeit ganz offen zu Tage trat, wird diese Strategie auch in wirtschaftlich stabileren Ländern des Nordens verfolgt: Die »Schuldenbremsen« für öffentlichen Haushalte und die damit verbundene Beschränkung öffentlicher Investitionstätigkeit sind für Streeck ein klassisches Beispiel dafür.

Eine Demokratie aber, die ihren egalitär-umverteilenden Charakter verliere, die große Teile der Gesellschaft nicht mehr erreiche und in der es keinen wesentlichen Unterschied mehr macht, wer gewählt wird, verliert für Streeck ihre wesentlichsten Charakteristika, auch wenn weiter Wahlen stattfinden und freie Meinungsäußerung möglich ist. Die gegenwärtige Entwicklung des Kapitalismus verwandle die Demokratie schrittweise in eine »Hayekianische Diktatur des Marktes«. Doch das ist für Streeck letztlich auch schädlich für die gesellschaftliche Akzeptanz des Kapitalismus, die daran geknüpft sei, dass diese Form der sozialen Ordnung Wohlstandsgewinne für alle bringe und ausufernde Korruption und die Bereicherung Einzelner verhindere – während aktuell genau das Gegenteil der Fall ist.

## DIE EU – MEHR PROBLEM, ALS LÖSUNG?

Immer mehr Entscheidungen würden dabei auf supranationalen Ebenen verschoben werden. Die Etablierung eines »Konsolidierungsstaates« erfolge bewusst auf europäischer Ebene, weil diese nicht dem Druck traditioneller Klassenpolitik und demokratischer Prozesse auf nationalstaatlicher Ebene ausgesetzt sei. Oder in Streecks Worten: »Die europäischen Institutionen werden derzeit von einer Kamarilla nationaler Regierungen regiert, die miteinander konspirieren, um vor ihren BürgerInnen zu verheimlichen, was sie in ihrem Namen tun: sicherzustellen, dass die Anleihen der internationalen Finanzindustrie ordentlich bedient werden – präsiert von einer Zentralbank, die abgekapselt von öffentlich-demokratischem Druck ihren Freunden der globalen Finanzwirtschaft behilflich ist«. Auch hier knüpft Streeck an seine – heftig umstrittene – bereits vor vier Jahren geäußerte EU-Kritik an und betont neuerlich seine Skepsis, dass die derzeit bestehenden undemokratischen Strukturen in absehbarer Zeit demokratisch umorganisiert werden könnten.

Die aktuelle Gestaltung der Institutionen entspreche weitgehend dem Ideal des »autoritären Liberalismus« Carl Schmitts, der Anfang der 1930er-Jahre nach Wegen gesucht hatte, den wirtschaftlichen Liberalismus durch eine autoritäre, anti-demokratische Staatslenkung zu sichern. Die institutionelle Schwäche des Europäischen Parlaments kombiniert mit der öffentlich zur Schau gestellten »Verhaberung« der führenden europäischen Politiker Juncker und Schulz resultiere, wie 2014, in der Weigerung der Mehrheit der Wahlberechtigten, an der »Scharade der Wahl zum Europäischen Parlament teilzunehmen«. Streeck sieht kein realistisches Potenzial für eine supranationale Demokratie und erneuert vor diesem Hintergrund seine These, dass der Euro in seiner jetzigen Form Europa wirtschaftlich und politisch spalte, und nicht eine.

## WER SAGT DAS?

Wolfgang Streeck greift im vorliegenden Sammelband auf viele Analysen und Positionen zurück, die er bereits 2013 vertreten hat und die ihrerseits schon damals auf bestehende Einschätzungen und Argumente linker Autorinnen und Autoren Bezug genommen hatten. Wenn auch vieles nicht neu ist, was der ehemalige Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in diesem Buch vertritt, so ist doch, wie schon 2013, bemerkenswert, wer hier ein düsteres Bild von der Zukunftsfähigkeit kapitalistischer Verhältnisse zeichnet und mit welcher rhetorischen Kraft er die kaum rückgängig zu machende Auflösung eines »demokratischen Kapitalis-

mus« darstellt und die Auswüchse neo-feudaler Umverteilung und systemischer Korruption anklagt. Streeck hatte vor zwanzig Jahren im »Bündnis für Arbeit« der Regierung Gerhard Schröders zugearbeitet und dabei auch eine stärkere Lohnspreizung zur Schaffung niedrig bezahlter Dienstleistungsjobs begrüßt, sich allerdings in den folgenden Jahren von der SPD abgewendet und 2009 seine Mitgliedschaft aus Protest gegen Sarrazins biologistische und rassistische Thesen und dessen Verbleib in der SPD zurückgelegt. Streeck gehört nicht zum Kreis der »üblichen Verdächtigen«, die den Kapitalismus seit Jahrzehnten scheitern sehen. Das macht seine aktuellen Einschätzungen umso markanter: Hier spricht kein linksradikaler Außenseiter der Wissenschaftsszene, sondern ein wesentlicher Akteur des sozialwissenschaftlichen »Establishments«.

## EIN DROHENDES INFERNO – DIE WIEDERKEHR DER »DARK AGES«?

Hatte Streeck 2013 argumentiert, dass mit Stabilisierung bzw. Wiederkehr des »demokratischen Kapitalismus« nicht zu rechnen und echte Demokratie und real existierender Kapitalismus unvereinbar geworden seien, ist seine Analyse noch ein Stück pessimistischer geworden. In Ermangelung glaubwürdiger Alternativen sieht er nicht nur die Würfel gegen die Demokratie gefallen, sondern im langsamen und qualvollen Dahinscheiden des Kapitalismus einen sich anbahnenden Kollaps stabiler Gesellschaftsformationen und ein Paradies für »Oligarchen und warlords« aller Spielarten. Streeck bezeichnet diese Phase als »Interregnum« und benutzt den Vergleich mit den »dark ages«, den 500 Jahren nach dem Untergang des Weströmischen Reichs, die oft als langer Übergangszeitraum des Chaos und des Elends dargestellt wurden. Es ist ein kurzer Blick in die Hölle, den Streeck uns, quasi auf den Spuren von Dante Alighieris »Göttlicher Komödie«, durch die Geschichte der letzten und die Aussicht auf die kommenden Jahrzehnte wandelnd, liefert.

## DIE ROLLE DER KLASSEN

Streecks Pessimismus rührt aus mehreren Quellen: Seiner Analyse folgend hat der Erfolg des Kapitalismus die strukturellen Gegenspieler, Gewerkschaften und Linksparteien dauerhaft geschwächt. Gleichzeitig hat er aber auch Regierungen und Parlamente als Akteure fortschrittlicher Wirtschaftspolitik und demokratischer Kontrolle der Ökonomie ausgeschaltet, hat ihnen also auch strukturell die Möglichkeit genommen, mittels einer Politikänderung das Ruder herumzureißen. Die Kommodifizierung aller Produktionsfaktoren und Lebensbe-

reiche entzieht dem Kapitalismus, aber eben auch Formen nicht-warenförmiger Beziehungen in der Gesellschaft die Grundlage.

Umso interessanter erscheint vor diesem Hintergrund des apokalyptischen Pessimismus ein 2015 erschienener Aufsatz, der im vorliegenden Band als Kapitel 8 aufgenommen wurde. Streeck reagierte auf einen Text des SPD-nahen Politikwissenschaftlers Wolfgang Merkel, der sich ebenfalls mit der Frage der gegenwärtigen (Un-)Vereinbarkeit von Demokratie und Kapitalismus beschäftigte. Streeck kritisiert Merkels Methode, jeweils drei Kapitalismus- und Demokratiemodelle zu unterscheiden, um dann die am besten zueinander passenden Modelle als ideal passend zu kombinieren.

Wenn Merkel als Antwort auf das Zerschlagen des »demokratischen Kapitalismus« einen in die Demokratie eingebetteten Kapitalismus fordere, blende er nicht nur die Frage nach den Gründen für das Zerschlagen dieses bis Mitte der 1970er-Jahre bestehenden Modells aus. Er erwecke auch den Eindruck, dass ein »ideeller Gesamtbürger«, unterstützt von der Politikwissenschaft, einfach die perfekte politische Ökonomie designen und alle Schäden, die aufgrund einer kurzen Unachtsamkeit entstanden seien, einfach wieder reparieren könne. »Was ich hier vermisse,..., sind die fundamentalen Kategorien von Klasse und Macht und dass Demokratie und Kapitalismus Schlagwörter sind,... die unter Berücksichtigung dahinterliegender Konflikte zwischen sozialen Klassen...de- und rekonstruiert werden müssen.«

Streeck verwirft den Gedanken, dass Kapitalismus und Demokratie zwei Module seien, die je nach technischer Kompatibilität zusammengeführt werden könnten. »Beide...sind das Ergebnis spezifischer Konfigurationen von Klassen und Klasseninteressen, die sich in einem historischen Prozess und nicht durch ‚intelligent design‘ entwickeln. Der demokratische Kapitalismus der Nachkriegszeit war keine Auswahl begabter gesellschaftlicher Baumeister oder besorgter Bürger aus einer Reihe weniger guter Alternativen, sondern der historische Kompromiss zwischen einer einmalig starken ArbeiterInnenklasse und einer ebenso einmalig geschwächten Kapitalistenklasse.« So überzeugend Streeck hier argumentiert, so überraschend erscheint es, dass er der Frage, ob und wie die dramatischen Veränderungen des Kapitalismus nicht auch auf Klassenauseinandersetzungen und diese auf Kräfteverhältnisse auswirken könnten, so gut wie keine Beachtung schenkt.

## ZWISCHEN DEPRESSION UND KAMPFESMUT

Allem Pessimismus zum Trotz scheint aber auch Streeck die Hoffnung nicht aufgegeben zu haben. Wenn er als Gegenforderung zur Hoffnung auf eine »europäische Demokratie« verlangt, den Kapitalismus zu de-globalisieren, um demokratische Kontrolle ausüben zu können, erkennt er darin ein schwieriges Ziel, »für das zu kämpfen es sich lohnen würde«.

Man muss weder dieses Ziel für realistisch halten, noch den sonstigen tiefen Pessimismus teilen, um Streecks Argumente als das zu verstehen, was sie sind: Ein verzweifelter Aufruf an die Sozialdemokratie, aber auch an die Sozialwissenschaften, die Dramatik der Lage endlich zu begreifen und sich nicht länger in Illusionen zu ergeben, dass sich der Konsens der Nachkriegszeit schon wiedereinstellen werden, wenn man nur den Wünschen der Kapitalisten entgegenkomme und sie sozial abzufedern versuche. Dass einer der wissenschaftlichen Architekten des »Bündnis für Arbeit«, das genau für diese Konzeption stand, heute den Kapitalismus kollabieren und die »dark ages« wiederkehren sieht, spricht Bände.

Für die Sozialdemokratie geht es darum, neue Strategien und Methoden zu finden, gesellschaftliche Kämpfe und Bündnisse zu unterstützen und zu gestalten, um in den vor sich gehenden Klassenkämpfen nicht zu unterliegen und um »wirtschaftliche Stagnation, neo-feudale Umverteilung, die Ausplünderung des Gemeinwesens, Korruption und globale Anarchie« zu überwinden. Eine gute und klare Analyse der gegenwärtigen Lage und drohender Entwicklungen ist eine unverzichtbare Grundlage für diese politischen und sozialen Kämpfe. 

LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.





# Afrika, Architektur & Emigration



## Joachim Radkau GESCHICHTE DER ZUKUNFT

Bald werden kleine Reaktoren im Garten alle mit Energie versorgen. Das Waldsterben lässt sich nicht mehr aufhalten. Der Sozialismus macht ein Ende mit der sozialen Ungerechtigkeit. Wirklich? Joachim Radkau hat erforscht, wie sich

die Deutschen seit 1945 ihre Zukunft ausgemalt haben: Hoffnungen und Ängste, Prognosen und Visionen, fatale Irrtümer und unerwartete Wendungen.

CARL HANSER VERLAG, 544 Seiten, 28,80 Euro



## Tom Burgis DER FLUCH DES REICHTUMS

In mancher Hinsicht ist Afrika der reichste Kontinent der Welt. Für die Mehrheit der Bevölkerung bedeutet dieser Reichtum allerdings weit mehr Fluch als Segen. Ein kriminelles Netzwerk aus zwielichtigen Händlern, internationalen Großkonzernen und kapitalistischen Freibeutern hat sich den Zugang zu den Ressourcen gesichert und greift die Gewinne systematisch ab.

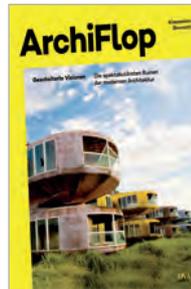
WESTEND VERLAG, 352 Seiten, 24,70 Euro



## Marina Widmer u. a. (Hg.) GRAZIE A VOI

Von Integration sprach niemand, als die Italienerinnen und Italiener während des Nachkriegsaufschwungs in die Schweiz kamen. »Grazie a voi« zeigt Fotografien aus dem Leben dieser italienischen Migranten, und zwar ihre eigenen. Das Buch zeigt so in vorwiegend privaten, manchmal intimen Bildern ein Kapitel italienischer Migration in der Schweiz und ist darin gleichzeitig ein politisches Lehrstück.

LIMMAT VERLAG, 240 Seiten, 58,00 Euro



## Alessandro Biamonti ARCHIFLOP

Das Buch führt zu den spektakulärsten Architekturflips der ganzen Welt, vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis heute: zu monumentalen Geisterstädten in Asien, den traurigen Überbleibseln amerikanischer Shoppingmalls oder einer

Atomzentrale auf der Krim. Es berichtet von ehrgeizigen Plänen, gescheiterten Visionen und mehr als optimistischen Erwartungen.

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT (DVA), 192 Seiten, 30,80 Euro



## Hugo Portisch LEBEN MIT TRUMP

Wird sich das Gleichgewicht zwischen den Supermächten USA und Russland verlagern? Was passiert nun in den Krisen- und Kriegsregionen der Welt? Wie reagieren die Länder Europas auf die amerikanische Politik? Und was bedeutet das für jeden Einzelnen von uns? Hugo

Portisch erklärt die unübersichtliche weltpolitische Lage und macht sich Gedanken zur neuen Weltordnung.

ECOWIN VERLAG, 80 Seiten, 20,00 Euro



## Sebastian Sons AUF SAND GEBAUT

Saudi-Arabien, einer der konservativsten Staaten der Welt, ist ein problematischer Verbündeter. Menschenrechte werden mit Füßen getreten, Regimekritiker ausgepeitscht, Frauen haben minimale Rechte. Radikale islamistische Bewegungen werden weltweit unterstützt. Doch der Westen

drückt beide Augen zu, hofiert die Saudis und rüstet sie mit modernsten Waffen auf.

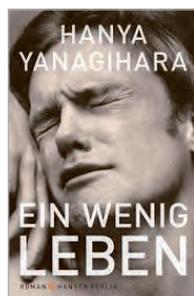
PROPYLÄEN VERLAG, 288 Seiten, 20,60 Euro

# Erinnerungen, Freundschaft & eine Mutter



**Natascha Wodin**  
SIE KAM AUS MARIUPOL

Die Autorin geht dem Leben ihrer ukrainischen Mutter nach, die aus der Hafenstadt Mariupol stammte und mit ihrem Mann 1943 als »Ostarbeiterin« nach Deutschland verschleppt wurde. Sie erzählt beklemmend von der Geschichte der Zwangsarbeit im Dritten Reich. Ihre Mutter tritt wie durch ein spätes Wunder aus der Anonymität heraus, bekommt ein Gesicht, das unvergesslich ist.  
ROWOHLT VERLAG, 368 Seiten, 20,60 Euro



**Hanya Yanagihara**  
EIN WENIG LEBEN

»Ein wenig Leben« handelt von der lebenslangen Freundschaft zwischen vier Männern in New York, die einander am College kennenlernten. Jude St. Francis, brillant und enigmatisch, ist die charismatische Figur im Zentrum der Gruppe – ein aufopfernd liebender und zugleich innerlich zerbrochener Mensch. Immer tiefer werden die Freunde in Judes dunkle, schmerzhaft Welt hineingesogen.  
HANSER BERLIN, 960 Seiten, 28,80 EUR



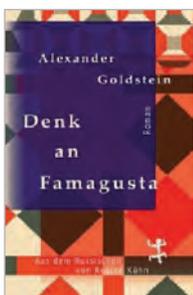
**Lukas Bärfuss**  
HAGARD

Ein Mann steht am Eingang eines Warenhauses und folgt aus einer Laune heraus einer Frau. In einer knappen Stunde hat er ohnehin einen wichtigen Termin. Aber schon fragt er sich, ob der nicht auch zu verschieben wäre, bis zur Abendverabredung bliebe ja noch etwas Zeit. Was ihn bewegt, ist erst einmal unklar. Ist der Verfolger einfach ein gelangweilter Schnösel? Ein Verrückter? Ein Verbrecher?  
WALLSTEIN VERLAG, 174 Seiten, 20,50 Euro



**Claire Fuller**  
EINE ENGLISCHE EHE

Eigentlich hatte sie andere Pläne. Ein selbstbestimmtes Leben, Reisen, vielleicht eine Karriere als Schriftstellerin. Doch als sich Ingrid in ihren Literaturprofessor Gil Coleman verliebt und von ihm schwanger wird, wirft sie für ihn all dies über Bord. In ihren schlaflosen Nächten beginnt sie, Gil heimlich Briefe zu schreiben, steckt sie in die Bücher seiner Bibliothek und verschwindet schließlich auf rätselhafte Weise.  
PIPER VERLAG, 356 Seiten, 22,70 Euro



**Alexander Goldstein**  
DENK AN FAMAGUSTA

Beginnend in den 70er Jahren und durchwirkt von autobiografischen Elementen knüpft Goldstein um Baku am Kaspischen Meer ein Netz an Geschichten, das sich bis zu seinen Erfahrungen als Immigrant in Israel spannt. Er erzählt von der Verflechtung von Juden, Muslimen und Christen, die mal friedlich miteinander leben, mal einander in Raub- und Mordorgien bekämpfen.  
MATTHES UND SEITZ, 535 Seiten, 30,90 Euro



**Paco Roca**  
LA CASA

Ein Jahr nach dem Tod ihres Vaters kehren drei Brüder zurück in das Ferienhaus der Familie, mit der Absicht, es zu verkaufen. Doch zwischen Ausmisten und Renovieren finden sie sich mit alten Erinnerungen und Geschichten konfrontiert. In ihnen wächst die Befürchtung, die Erinnerung an ihren Vater und damit auch ihre eigene Vergangenheit ein Stück weit auszulöschen.  
REPRODUKT VERLAG, 128 Seiten, 20,60 Euro



ALBERTINISCHER PLAN VON WIEN, 15. JAHRHUNDERT  
 © Wien Museum



# Ein Schritt vor, zwei zurück

Vor einem Jahrzehnt, im Sommer 2017, brach die große Finanzkrise aus. Seither haben die 20 reichsten Industriestaaten Reformen des Finanzsektors in koordinierter Weise umgesetzt. Global gültige Standards sind gerade im Finanzsektor zentral; deren weitgehendes Fehlen vor der Finanzkrise hatte den Deregulierungswettkampf beschleunigt. Mittlerweile müssen die Banken mehr Eigenkapital halten (Basel III), Derivate werden nunmehr auf Plattformen gehandelt und – wenngleich moderat – reguliert, und große systemrelevante Banken sind strengeren Auflagen unterworfen. Schließlich wurden gesetzliche Voraussetzungen geschaffen, damit Banken geordnet abgewickelt werden können, ohne SteuerzahlerInnen zu belasten. An den Funktionsbedingungen des globalen Finanzkapitalismus hat sich zwar wenig geändert, weil die Reformen nicht weitgehend genug waren. Das System scheint aber insgesamt stabiler geworden zu sein, vor allem, weil die Banken nun mehr Eigenkapital halten müssen.

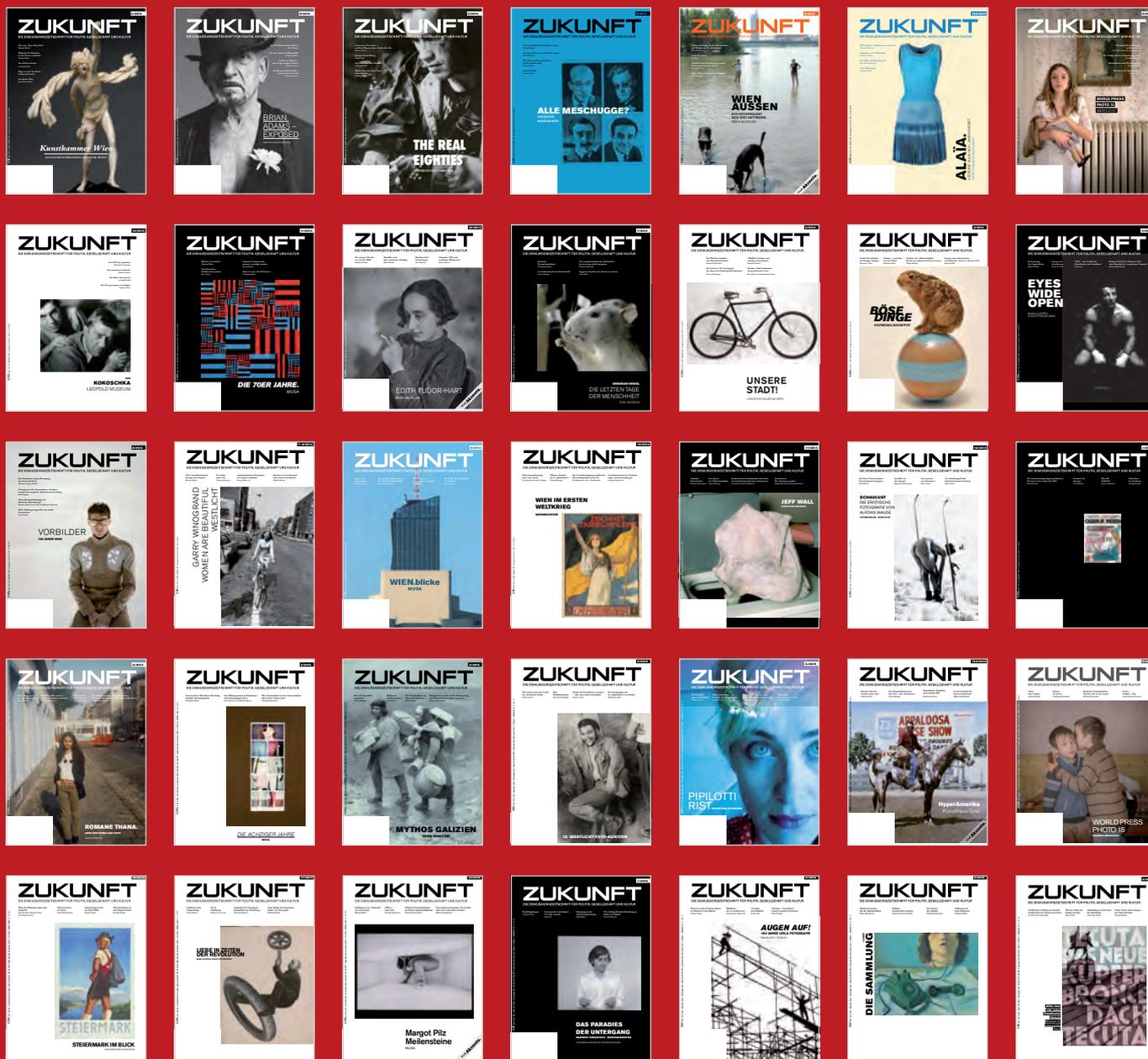
Die USA haben bereits 2010 mit dem Dodd-Frank Act die grundlegenden Prinzipien der Regulierungsreform festgelegt, die in weiteren Rechtsakten sukzessive umgesetzt wurden. Ein Herzstück bildet dabei die 2015 in Kraft getretene Volcker-Regel, die den Eigenhandel der Banken beschränkt, wenngleich es zahlreiche Ausnahmen gibt. Schließlich hatte der Großteil der von den Staaten geretteten Banken hohe Spekulationsverluste im Eigenhandel zu verzeichnen. Die Volcker-Regel ist dabei eine abgeschwächte Variante des 1933 in Kraft getretenen Glass-Steagall Acts, der unter anderem die strikte Trennung zwischen dem Einlagen- und Kreditgeschäft einerseits und dem Wertpapiergeschäft andererseits vorsah und jahrzehntelang für Stabilität gesorgt hatte. Die Idee war, Zahlungsverkehr und Einlagen vor Spekulationsverlusten zu schützen. Präsident Clinton hob das Trennbanksystem 1999 endgültig

auf. Dies machte den Weg frei für die Herausbildung von Megabanken, die für die Krise mitverantwortlich waren.

Wie zu erwarten war, hat Präsident Trump nun die internationale Kooperation bei der Bankenregulierung de facto aufgekündigt und – gemäß dem Wunsch von Wall Street und der republikanischen Abgeordneten, die in dieser Frage überwiegend hinter ihm stehen – eine Revision des Dodd-Frank Acts eingeleitet, der, in den Worten von Trump, ein »Desaster« sei. Er würde die Kreditvergabe einschränken und Arbeitsplätze kosten. Große Priorität genießt dabei die Aufhebung der Volcker-Regel – die Empörung Europas darüber ist jedoch fadenscheinig, hat man sich doch hier nie dazu durchringen können, den Eigenhandel der großen Finanzkonglomerate zu beschränken. Wichtige Positionen in der Aufsicht werden nun von Repräsentanten der Finanzindustrie besetzt, so auch der Finanzminister, ein Top-Manager von Goldman Sachs. Es steht auch zu befürchten, dass nun multilaterale Foren wie der 2009 gegründete *Financial Stability Board*, der die Regierungsreform global koordiniert, von den USA gekippt werden. Der globale Deregulierungswettkampf beginnt erneut. Die Börsen jubeln. Dies tun auch VertreterInnen der Finanzindustrie in Europa, die nun ihrerseits den Druck Richtung lockerer Regeln weiter erhöhen werden. Trump versprach, sich gegen die Großbanken zu stellen, jetzt lässt er sie die Deregulierung vollziehen. Er flutet die Wirklichkeit mit vulgärmarxistischer Wucht und lässt selbst altgediente VerschwörungstheoretikerInnen blass aussehen.

IRENE MOZART  
ist Ökonomin in Wien.





# ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden  
& einsenden an:

VA Verlag GmbH  
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3  
1110 Wien

Ich bestelle  ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro  
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name:

Straße:

Ort/PLZ:

Tel.:

E-Mail:

Unterschrift: